

# Volksrecht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfunk“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal, und ist durch die Haupt-Expedition, Blumstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Reue, Graupenstr. 5 und Friedr. Schlegel-Str. 106, Reichsstr. 155, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägergebühr 0,50 Rmt., monatlich 1,25 Rmt. + 35 Pf. Trägergebühr 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau  
Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereiner, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blumstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Die einzige Zuflucht ist die Sozialdemokratie

### Anton Erkelenz zur Sozialdemokratie übergetreten Vernichtende Abrechnung mit den Demokraten

Der bisherige demokratische Reichstagsabgeordnete Anton Erkelenz ist zur Sozialdemokratie übergetreten. Er hat seinen Austritt aus der Demokratischen Partei in einem längeren Schreiben an den Abgeordneten Koch-Weiser begründet, in dem er folgende Entschlüsse erklärt:

„In Anbetracht der politischen Gesamtlage sehe ich mich nicht, mein Amt als stellvertretender Vorsitzender der Partei auszuscheiden niederzulegen. Gleichzeitig erkläre ich hiermit meinen Austritt aus der Demokratischen Partei. Das mir von den beiden Heimatwahlkreisen anbotene Spitzenmandat für die Wahlkreise Hülseborn Ost und West habe ich mit herzlichem Dank das mir entgegengebrachte Vertrauen abgelehnt.“

Nach der Revolution von 1918 habe ich eine große demokratische Partei für eine geschäftliche Notwendigkeit gehalten. Sie hatte die wichtige Aufgabe, die Gegensätze zwischen links und rechts auszugleichen und ein selbstbewusstes Hineinwachsen des deutschen Volkes in die Selbstregierung durch Republik, Demokratie und Parlamentarismus zu sichern. In dieser Hinsicht hat die demokratische Partei nach der Revolution große Leistungen vollbracht, hat dem deutschen Volk und dem neuen Staat die größten Dienste geleistet. Mit den Jahren hat sich aber immer deutlicher gezeigt, daß die Kräfte, die nach dem inneren Wesen zur demokratischen Partei gehören wollten, die großen Aufgaben der Partei in der Außen- und Innenpolitik nicht das erforderliche Verständnis und die nötige Opferbereitschaft aufbringen. Sie sind immer mehr die Opfer nationaler und antisozialistischer Schlagworte geworden und haben ihre Mitarbeit verweigert bei dem national so außerordentlich wichtigen Hineinwachsen der deutschen Arbeitnehmerschaft in den neuen Staat und seine Aufgaben. Die Partei ist deshalb in der Wahl zur Wahl kleiner geworden und hat unter dieser persönlichen Aufopferung ihrer Führer in Stadt und Land nur noch einen Teil ihrer Aufgaben erfüllen können. Die Partei war durch den Mißerfolg der Wahlen von 1928 so erschüttert, daß sie ein immer stärkeres Bedürfnis nach Erneuerung und Verschmelzung mit weiter zurückliegenden Parteien erkennen ließ. Eine Erneuerung und Verschmelzung hat gewiß parlamentarisch ihre Vorteile. Sie verändert aber den Charakter der Partei so stark, daß von den Parteimitgliedern, die durch die Schule Friedrich Naumanns gegangen sind, ein großer Teil in einer solchen rechts angelegten „Partei“ nicht mehr die Partei sehen kann, der sie lebenslang weiter widmen können. Das gilt besonders auch für die in der Bildung begriffenen neuen „Staatspartei“, die nur durch ideologische und politische Anlehnung an Rechtsparteien einen Sinn hat. Die Beteiligung der demokratischen Partei an der Regierung und die Mitverantwortung für die Politik dieser Regierung zeigt, daß das falsche Schlagwort des „Kampfes gegen alles überwuchernde Sozialismus“ in der demokratischen Partei mehr Zustimmung gefunden hatte, als sich mit dem Charakter der Partei als demokratische und soziale Mittergruppe vereinbaren ließ.

Die Politik Brünings hat die demokratische Partei in ihrem inneren Kern tödlich verletzt. Die Regierung Brünings wurde die demokratische Fraktion die Gefangene aller reaktionären Wünsche der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, des Landbundes. Fast alle neuen Maßnahmen wurden auf die Nicht- oder Wenigbedeutenden abgelegt und der Aufbau der Sozialpolitik und der Bühne mit dem Elber Betrieb, der sich nur aus dem Gefühl bezieht, erklärt. Es ist unmöglich, sich in einer Partei zurechtzufinden, die die Kräfte der alten nationalliberalen Partei heute links, die Kräfte rechts, die aber immer dabei sein soll. Ich bin abgewandert, für die Maßnahmen dieser Regierung meine Verantwortung abzugeben und kann auch im Wahlkampf diese Politik nicht unterstützen. Wenn die Wortführer des deutschen Parteiens einen Entscheidungskampf suchen gegen den Teil des Volkes, der in Not und Verzweiflung am treuesten zum neuen Staat gehalten hat, dann ist mein Platz an der Seite der Arbeiter, an der Seite derjenigen, die für die Freiheit der Arbeit, der Arbeit des Geistes und der Hand eintreten. Die Bindungen, die mir die Zugehörigkeit zur demokratischen Partei in diesem Kampf seit Jahren auferlegt, muß ich ungeachtet des offenkundigen Vorkampfes aller Parteimitglieder lösen. So bleibt für mich kein anderer Entschluß als der Austritt der demokratischen Partei und der Eintritt in die Sozialdemokratie, die seit Jahren schon einen Teil der Aufgaben übernommen hat, die man ursprünglich der demokratischen Partei stellen mußte. Damit löse ich für mich auch die Frage, die an ein wichtiges Neben der demokratischen Partei führt: die Zerstückelung des deutschen Parteiens. Wer die deutsche Demokratie erhalten will, muß sich in der großen Partei vereinigen. In dem Augenblick, in dem ich aus der Partei weiche, darf ich nicht daran denken, daß Naumann sich zwei mal dem Entwurf abgeben hat, zur Sozialdemokratie überzutreten, 1908 und 1918.“

## Wahlniederlage der kanadischen Liberalen

### Absolute Mehrheit der Konservativen Montreal, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die Wahlen zum kanadischen Parlament führten zu einer schweren Niederlage der seit 13 Jahren am Ruder befindlichen Liberalen, dem ein völlig unerwarteter Erfolg der Konservativen gegenübersteht. Von 245 Mandaten erhalten die Konservativen nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis nicht weniger als 136. Das ist die absolute Mehrheit. Auf die Liberalen entfallen 84 Mandate, auf die Farmerpartei 10, die Fortschrittler 3, die Arbeiterpartei 3 und auf die Unabhängigen 5 Mandate. Die Verteilung von 3 Mandaten ist noch ungewiß.

Die Konservativen werden schon in aller nächster Zeit die Regierungsgeschäfte übernehmen. Eine ihrer Hauptwahlparolen war die Antündigung eines energischen Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit.

Bennett, der konservative Führer, wird der künftige Ministerpräsident sein. Die Konservativen haben 134 Sitze errungen, das sind 45 mehr als im alten Parlament. Die Liberalen sind von 123 auf 84 Mandate zurückgegangen. Die mit der englischen Labour Party eng verbundene kanadische Arbeiterpartei hat ihre bisherigen drei Sitze behaupten können.

Klassenmäßig betrachtet ist der politische und soziale Unterschied zwischen den Konservativen und Liberalen sehr gering. Das alte Parlament wurde aufgelöst wegen Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit und die Höhe der Schutzzölle. Auch Kanada leidet unter der Wirtschaftskrise und der damit einhergehenden Arbeitslosigkeit. Ein neuer Zolltarif, den die liberale Regierung eingebracht hatte, wollte den englischen Waren die bisher üblichen Einfuhr-Vorteile gewähren. Die Konservativen waren jedoch unzufrieden und erklärten, zu erst komme Kanada und dann erst das britische Imperium. Das war auch die Wahlparole. Die Wähler haben sich in ihrer Suche nach einem Ausweg aus der Wirtschaftskrise für diese Parole und damit für eine konservative Regierung erklärt. Sie wird zwar nicht die kanadische Wirtschaftskrise und nicht die Arbeitslosigkeit beseitigen, aber es beweist den Hang und Drang der britischen Vorkolonien nach größerer wirtschaftlicher Selbstständigkeit. So betrachtet, wird der Wahlausgang in Kanada und der Regierungswechsel einige Bedeutung für die kommende britische Reichskonferenz haben.

Ottawa, 29. Juli. Die Regierung ist infolge der Niederlage, die sie bei den Wahlen erlitten hat, zurückgetreten.

## Der Zerfall der Deutschnationalen

Der Präsident der Landwirtschaftskammer Kessels, Herr von Reudel-Wolffhagen, ferner der 1. Vorsitzende des kurhessischen Landbundes Kugel-Crummbach und die 1. Vorsitzende des Verbandes der ländlichen Hausfrauenvereine, Frau von der Walsburg-Eschberg, sind aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten.

Der Gesamtvorstand des kurhessischen Landbundes fasste eine Entschließung, in der die Haltung seiner Vertreter auf der Bundesebene der Reichslandbundes aufgeführt und in der der Wahl der Landvolk-Listen aufgeföhrt wird. Im Schlußsatz der Entschließung wird der engere Vorstand aufgefordert, die „erforderlichen Vorbereitungen“ zu eigenen Wahlkreisen zu treffen.

Der Parteiausfluß der Landvolk-Partei hat nach einer Mitteilung der „Landvolk-Nachrichten“ beschlossen, mit der Konservativen Volkspartei eine gemeinsame Reichsliste unter dem Kennwort „Deutsches Landvolk“ (Christlich-nationale Bauern- und Landvolk-Partei) aufzustellen.

## Arbeiter flüchten aus Italien

In der vergangenen Nacht sind abermals Tausende italienische Arbeiter aus dem sarkatischen Paradies desertiert und nach Frankreich geflüchtet. Sie nahmen den Weg über den gefährlichen Gletscher von Arnes südlich von dem Gebirgsmassiv des Mont Blanc. Im letzten Augenblick wurden sie von der sarkatischen Grenze wache entsetzt und verhaftet. Stellenweise wurden russen, wobei einer von ihnen abfiel und so schwer verletzten. Tropfenweise auch er glücklos über die Grenze gelangten.

## England rüffelt den Flottenpakt

Der vom Vorkriegs-genehmigte Flottenpakt der Vorkriegs-regierung ist am Dienstag aus dem Oberhaus verabschiedet worden. Der Pakt wird Ende des Monats vom König unterzeichnet und damit in Kraft treten.

## Die Persönlichkeit in der Politik

A. Kr. Wir erleben in diesen Tagen wieder einmal das merkwürdige Schauspiel, daß eine Reihe bürgerlicher Intellektueller ganz persönlich für sich, ohne engere Fühlung mit irgendwelchen größeren sozialen Gruppen, den Versuch macht, eine neue politische Partei zu gründen. Dieser Versuch ist mit dem noch merkwürdigerem Vorgang verbunden, daß die bisherigen Führer einer immerhin ins Gewicht fallenden politischen Partei diese ihre Partei nicht nur nicht gefragt haben, sondern sogar dadurch ihrer bisherigen Partei selbst den Todesstoß versetzen. Begründet wird dieses Vorgehen damit, daß man sagt, die in Frage kommenden Splitterparteien als Parteien zu einer größeren Partei zusammenzufassen in der Weise, daß von Partei zu Partei verhandelt werde, sei nicht möglich. Man müsse sich von dem Parteiapparat frei machen, nur einzelne Persönlichkeiten, die wagemutig seien und das Gebot der Stunde erfüllt hätten, könnten diesen Schritt tun. Diese Neugründung einer Partei stellt sich damit als eine politische Aktion einzelner isolierter Persönlichkeiten dar, von Persönlichkeiten, die erst, nachdem sie ihre politische Handlung vollendet haben, hingehen, um sich in der Bevölkerung Anhänger zu suchen.

Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß wir diese Aktion von vornherein für verfehlt halten und glauben, daß sie den Todesstoß bereits jetzt in sich trägt. Denn diese Art des politischen Vorgehens verkennt vollkommen den soziallogischen Charakter und die soziologische und politische Funktion einer Partei. Politische Parteien sind nur dann lebensfähig, wenn sie aus der Gemeinsamkeit sei es bestimmter geistiger, sei es bestimmter materieller Interessen einer größeren Anzahl von Bewohnern eines Landes herauswachsen. Wir haben ausdrücklich hervorgehoben, daß auch die Gemeinsamkeit derselben Interessen parteigründend wirken und verteilte Einzelne zu einem festen politischen Verband zusammenbinden kann, weil sich nicht leugnen läßt, daß die Gemeinsamkeit der Weltanschauung schon oft stark bindend im politischen Leben gewirkt hat. Gerade wir in Deutschland haben ja im Zentrum ein klassisches Beispiel dafür vor uns. Es ist aber unmöglich, daß sich irgendwelche einzelne Persönlichkeiten, die bestimmte Ideen über die Art, wie das soziale Leben gestaltet werden soll, haben, sich zusammenschließen, um sich dann unter den Wählermassen Anhänger zu suchen. (Dabei soll in dem vorliegenden Fall der Staatspartei ganz davon abgesehen werden, daß auch die einzelnen Persönlichkeiten, die sich da zusammengetan haben, ebenjowenig eine gemeinsame Weltanschauung haben wie sie von gleichem materiellem Interesse getragen sind, denn der Staatsgedanke ist ein ganz inhaltsleerer, rein formaler Gedanke, der erst Leben und Inhalt bekommt, wenn man bestimmte Auffassungen über die Ausgestaltung eines bestimmten Staates beifügt.) Wir haben in den letzten Jahrzehnten in der Parteigeschichte ähnliche Fälle schon wiederholt erlebt. Es sei nur an den Versuch Friedrich Naumanns erinnert, eine National-Soziale Partei zu gründen. Auch ihm ist das damals nicht gelungen, weil er denselben Fehler gemacht hat, den jetzt die genannten politischen Persönlichkeiten machen, den nämlich, von oben herab in die Massen der Wählerschaft bestimmte Gruppierungen hereinzutragen. Erst als Naumann gelernt hatte, in einem bestehenden, aus der Gliederung der Gesellschaft selbst erwachsenen politischen Verband sich einzugliedern, in ihm zu wirken, dort Diktator zu halten, gelangte er zu wirklichem politischen Einfluß. Dabei zeigte sich auf der anderen Seite deutlich, daß ihm dadurch ein Wirken nach seinem persönlichen Denken und Willen durchaus nicht unmöglich gemacht wurde. Im Gegenteil, es gelang ihm mehr und mehr, dieser alten Partei den Stempel seines Geistes aufzudrücken. Das zeigt, daß die Eingliederung in feste Verbände, das Untertansein in der Masse gleichsam, die wirkliche Persönlichkeit in keiner Weise schädigt oder vernichtet. Man muß nur eine Persönlichkeit sein; dann legt man sich auch dann durch, wenn man sich als bloßer Funktionär einer bestehenden sozialen Gruppe, die naturhaft aus dem sozialen Leben selbst erwachsen ist, und das ist bei allen wirklichen politischen Parteien der Fall, fühlt und betätigt.

Allerdings muß man die richtige Vorstellung von einer Persönlichkeit haben. Wenn man das alte liberale Persönlichkeits-Ideal, den ganz auf sich selbst gestellten, mehr oder weniger isolierten Einzelnen mit eigenem geistigen Geist und festem Charakter unter Persönlichkeit versteht, so kann man allerdings kaum als Persönlichkeit im politischen Leben unserer Zeit eine Rolle spielen. Solchen Menschen war es im Grunde genommen in keiner Geschichtsperiode möglich, aktiv im sozialen Leben eines Volkes Macht auszuüben. Das ist immer nur dann der Fall, wenn man sich als Persönlichkeit in dem anderen Sinne wahrnimmt, wenn man Organ einer bestehenden sozialen Gruppe ist, wenn man in den Kreisen, die jetzt die neue Staatspartei gegründet haben, seit Jahren immer wieder das Schlagwort „Partei“ gehört hat, das bürokratisch erklärte Parteianführer Deutschlands und insbesondere das bestehende Wahlsystem über die Persönlichkeiten nicht

den nötigen Raum zu politischem Wirken nach eigenen Ideen, so beruht das lediglich darauf, daß diese Kreise eben jenen individuellen Persönlichkeitsgedanken im Auge hatten, den wir soeben skizziert haben. Wirkliche, echte, d. h. ihrer sozialen Verbundenheit, d. h. ihrer sozialen Bestimmung und sozialen gestifteten Abhängigkeit voll bewußte Persönlichkeiten legen sich in jeder sozialen Gruppe, in jedem Verband, durch, sofern in diesem Verband nicht direkt militärischer Zwang und diktatorische Beugung der persönlichen Freiheit herrscht. Das gilt besonders von demokratisch organisierten Verbänden, und das gilt also auch von solchen politischen Parteien. Allerdings gilt das nur für politische Persönlichkeiten. Und hier liegt ein zweites Irrtum der bürgerlichen Intellektuellen vor, die sich über die mangelnde Bewegungsfreiheit der Persönlichkeiten im modernen Parteiwesen beklagen. Es kann jemand eine bedeutende Persönlichkeit sein, d. h. es kann jemand geistig sehr hoch stehen, voll eigener Gedanken und mit einem festen Willen, und er braucht trotzdem noch keine politische Persönlichkeit zu sein. Er kann ein großer Gelehrter, ein bedeutender Künstler oder irgend sonst etwas sein und braucht deshalb als Politiker doch keine Persönlichkeit zu sein. Um als Politiker eine Persönlichkeit zu sein, muß man tragfähige politische Ideen besitzen und politisch original denken können, muß man überdies ein politischer Charakter sein, d. h. nicht nur einen festen Willen haben, sondern auch die nötige Geschmeidigkeit, Zähigkeit, Geistesgegenwart und Menschenkenntnis und den nötigen Aktionswillen besitzen, die zur Lenkung von Menschenmassen nun einmal unerlässliches Erfordernis sind. Tragfähige politische Ideen sind aber nur solche Ideen, die aus den gesellschaftlichen Notwendigkeiten hervorgehen, d. h. auf der einen Seite Ausdruck realer sozialer, geistiger oder materieller Bedürfnisse sind und auf der anderen Seite ein diese Bedürfnisse befriedigendes soziales Ziel vor sich sehen. Solche Persönlichkeiten pflegen sich auch auf die Dauer gegen den Parteiapparat durchzusetzen.

Dabei soll durchaus nicht geleugnet werden, daß die seitenden Funktionen mancher Parteien heute nur politische Persönlichkeiten minderen Ranges sind. Man könnte Beispiele dafür aus allen Parteien anführen, und besonders gerade auch aus den Parteien, denen die genannten Führer-Kreise bisher angehört. Eine Persönlichkeit wie Max Weber konnte sich bekanntlich in der demokratischen Partei nicht durchsetzen, während lange Zeit sehr wenig bedeutende Persönlichkeiten, wie Heuß, Käß, Gehler u. a., in dieser Partei eine tonangebende Rolle spielten. Diese Erscheinung beruht vielmehr darauf, daß es in diesen Parteien wirklich bedeutende politische Persönlichkeiten einfach nicht gab und nicht gibt. Deshalb macht sich in vielen Parteien gegenwärtig der Parteibürokrat breit. Selbstverständlich entwickelt jede Partei mit der Zeit eine Parteibürokratie und einen die einzelne Persönlichkeit beeinträchtigenden Apparat. Das wird bei der neuen Staatspartei nicht anders sein, denn ein größerer sozialer Verband läßt sich nun einmal ohne Bürokratie nicht zusammenhalten und zu einheitlichen Aktionen befähigen. Dasselbe gilt von unserem heutigen Völkerverein. Gewiß sind auf den Völkern vieler Parteien heute Persönlichkeiten dritten und vierten Ranges zu finden, und damit eben im Deutschen Reichstag. Aber nicht deshalb, weil sich die wirklichen politischen Persönlichkeiten, die vorhanden sind, in ihren Parteien nicht durchsetzen konnten, weil sie nicht an die führenden Stellen auf die Völkern und damit in den Reichstag gebracht werden, sondern deshalb, weil es einfach an solchen Persönlichkeiten fehlt. Der Irrtum, der hier zugrunde liegt, ist zum Teil auch der, daß man fastliche Tüchtigkeit auf irgend einem Gebiet mit politischer Befähigung verwechselt, daß man einen tüchtigen und führenden Fachmann für eine politische Persönlichkeit hält. Fastliche Tüchtigkeit reicht allerdings nicht aus, um politisch eine Rolle zu spielen, da man das Maß für sich wie es will. Insbesondere gehört aber auch zu einer politischen Persönlichkeit, daß ein Mensch versteht, das Vertrauen der Massen zu erwerben, d. h. wirklich mit ihnen zu fühlen und für sie zu leben, ihre Interessen und Bedürfnisse zu verstehen und ihnen materiell und formal schlagkräftigen Ausdruck zu geben. Das Gesammte darüber, daß sich die Persönlichkeiten in unseren Parteien nicht durchsetzen konnten, beruht zum Teil darauf, daß Leute, die zwar politische Führer sein möchten, aber keine politische Persönlichkeiten sind, denen alle diese Eigenschaften mehr oder weniger abgehen, in ihrem politischen Ehrgeiz nicht beständig werden.

Und das ist besonders charakteristisch für den Aktivist bürgerlicher Intellektueller, die diese neue Staatspartei gegründet

haben. Man braucht nur einmal die Lebensbedeutung ihrer Tätigkeit, ihr verächtliches Gerächel von der Masse usw. gehört oder gelesen zu haben, um Bescheid zu wissen. Diese Intellektuellen sind nicht wirkliche Volkst Führer, sind nicht tief im Innern verbunden mit den Massen. Wirkliches Verständnis für ihre Leiden und Freuden haben sie kaum. Es sind hoch über den Massen schwebende, sich bestenfalls gnädig zu den Massen herabneigende, im engsten Kostengeist der sogenannten Gebildeten besangene Menschen, die sich in Wirklichkeit, wenn auch wohl nicht immer bewußt, vor dem höheren Verden und groben Wesen der großen Masse ekeln, letzte Überbleibsel aus einer individualistischen Zeit, deren Versuch, sich in das Kollektivum der heutigen Menschheit einzugliedern (ein Versuch, den sie gemacht haben, weil es in der Demokratie eben nur auf diese Weise möglich ist, zu Macht und Einfluß zu gelangen, wenn man nicht selbst zu dem engen Kreis der Kapitalmagnaten gehört, die auch heute noch das

soziale Leben weitgehend beherrschen), an ihrer Empfindlichkeit vom Standpunkt des Lebens der großen Masse aus gesehen, ihrer Lebensfremdheit und an der Überheblichkeit und Gleichgültigkeit dieser Menschen, an ihrer politischen Beschränktheit, an ihrer sozialen Unentschiedenheit, die sich für keine Klasse entscheiden kann und mag, zwischen Kapital und Arbeit haltlos hin und taumelt, gescheitert sind. Denjenigen bürgerlichen Intellektuellen, denen diese negativen Eigenschaften nicht anhaften, die sich eine Menschenschicht entschieden haben, die sich zu einer klar und eindeutigen Stellung zu den Problemen der Zeit herabgerungen haben, ist es durchaus gelungen, in den großen Parteien politische Führer zu werden. Sie haben es nicht nur über die mangelnde Bewegungsfreiheit der Persönlichkeiten klagen, sie führen und wirken entsprechend ihren Idealen, sie wirkliche politische Persönlichkeiten sind.

# Nazi-Mordbube entlarvt

## Anwälte-Panik im Röntgentaler Mordprozess Berlin, 29. Juli. (Eig. Bericht.)

### Auch eine „Gegenoffensive“

In Röntgentaler Mordprozess sind die Verteidiger, nachdem ihnen jeder Tag neue schwere Niederlagen bringt, zu einer verzweifelten Gegenoffensive übergegangen, die in ihrem Kernpunkt darin besteht, daß die natürlichen Herren mit beispielloser Rücksichtslosigkeit durch ein wildes Trommelfeuer die Reichsbanner-Geugen zu verwirren und einzuschüchtern suchen. Selbst dem Vorsitzenden, Herrn Dhnefjorge, wird es zuzustehen, als drei Herren gleichzeitig unter erregten Gesticulationen auf einen Zeugen einzuweisen. „Aber meine Herren, das geht doch nicht. Bedenken Sie doch immerhin, wir haben hier 18-19jährige Menschen vor uns.“ Worauf Rechtsanwalt Becker, der adambemisch gebildete Edelknabe, etwas factatisch lächelt, die Achseln zuckt und in den Saal schnarrt: „Sehr bedauerlich. Aber ich stelle meine Fragen so, wie sie gestellt werden müssen.“

### Märchen aus 1001 Nacht

Die Dienstag-Verhandlung beginnt mit einem schmetternden Fortissimo besagten Herrn Beckers, der von einer schrecklichen Geschichte gehört haben will. Der Angeklagte Hein soll am Mittwoch in der Insalibstraße von mehreren Röntgentaler Zeugen des Reichsbanners verfolgt und bedroht worden sein. Der arme Hein habe mit einem Freund in den Stettiner Bahnhof flüchten müssen. Die Reichsbanner-Geugen werden aufgerufen und betunden mit aller Entschiedenheit, daß an der kuriosen Behauptung des Herrn Becker kein wahres Wort sei. Das schlechte Gewissen läßt dem Naziverbrecher Hein anscheinend schon Gespenster sehen. Trotz der klaren und unmissverständlichen Feststellungen der Zeugen will sich der Hitler-Anwalt nicht zufrieden geben und behauptet, daß die Zeugen Respekt und Zimmer dem Angeklagten Hein „in verächtlicher Weise“ gefolgt seien. Zwei Minuten später ist auch diese Halbwahrheitsebene geplatzt, Respekt und Zimmer widerlegen Herrn Becker aufs Bändigste.

### Herr Klaus und sein Spielzeug

Eine ganz besondere Ueberraschung hat Rechtsanwalt Klaus im Saal. Herr Klaus, ein etwas formulenter, asthmatisch schneufender Herr, erhebt sich und ruft mit geröteten Wangen in den Saal, daß er die mysteriöse Pistole des Angeklagten Schleiter bei sich trage. Er bitte um die Erlaubnis, sie dem Gericht vorlegen zu dürfen. Und was hat der gute Onkel mitgebracht? Ein kleines entzückendes Spielzeug, eine Schreckschakpistole, die so neu aussieht, als wäre sie erst eben aus dem Waffenladen gekommen. Natürlich sagt Herr Schleiter mit Begeisterung „ja“, als ihn Rechtsanwalt Klaus befragt, ob der kleine harmlose Scherzartikel wirklich seine Pistole vom Mordbuben sei. Im Saal herrscht Bewegung und Heiterkeit. Herr Klaus macht sich die Sache wirklich ein wenig zu leicht und muß sehr naiv und vertrauensselig sein, wenn er glaubt, daß man nun alleinst von der Harmlosigkeit des „spielenden“ Kindes Schleiter überzeugt sei. Staatsanwaltschaftsrat Stehnick lächelt ein wenig spöttisch und sagt: „Es wäre allerdings noch zu beweisen, daß es sich hier wirklich um Schleiters Pistole handelt.“ Herr Klaus aber ist sehr siegesicher. Er behauptet, die Pistole vom dem Zeugen Brate erhalten zu haben, der allerdings vor Gericht schon ausgesagt hat, daß er von Schleiters Schießsprügel nichts wisse. Herr Klaus erzählt dann mit viel Empfindung ein nettes, rundes Märchen, das ihm wohl der redselige Brate aufgebunden hat, worauf es zu kühnen Dialogen mit den Anklageverteidigern kommt, die allerdings ein wenig skeptischer sind als Herr Klaus.

### Selbst Herr Dhnefjorge protestiert...

Der Vogel aber schießt der Verteidiger mit seiner mehr als merkwürdigen Behauptung ab, daß kurz nach der Mordtat in Röntgental eine gemeinsame Protestdemonstration von Kommunisten und Reichsbannerleuten stattgefunden habe. (1) Auch diese alte ungeschickte hergestellte Bombe ist bald ungeschädlich gemacht. Bei etwas mehr Sorgfalt hätte sich der Rechtsanwalt die Blamage

ersparen können. Der Reichsbannerkamerad Schulze geht seiner präzisen Aussage in keiner Weise von den Befunden seiner Freunde ab und kann trotz stundenlanger Belästigung durch die Verteidiger auch nicht eines einzigen Wortes Irrsinn überführt werden. Als Rechtsanwalt Becker halbe Stunde auf diesen unbequemen Zeugen losgeht, ist Staatsanwalt Stehnick auf und ruft: „Es geht aber wirklich nicht, daß der Verteidiger immer wieder dieselben Einwände wiederholt, auf die schon der Vorsitzende erschöpfend eingegangen ist.“ Worauf Herr Becker scharf zurückruft: „Ich frage so und so lange, als es mir paßt.“ Herr Staatsanwalt Dhnefjorge meint darauf mit einem stillen Vorwurf in der Stimme: „Auch ich bitte darum, nicht immer wieder die gleichen Fragen zu stellen.“ Als ein Verteidiger andeutet, daß er auch das Reichsbanner geschossen habe, springen alle Reichsbannerzeugen auf und betunden sehr erregt, daß das „gängliche geschlossene“ sei.

### Der entlarvte Köppler

Sehr sensationell und schwer belastend den Angeklagten Köppler ist die Aussage des Reichsbannerzeugen Hugo Metzsch. Metzsch berichtet, wie er eine Stunde vor dem Mordüberfall der Nazis verdächtigen Stellen beobachtet habe. An der Ecke Bahnhofsstraße habe etwa sechs Mann, unter ihnen Köppler, der dem Zeugen Metzsch von der Schule her bekannt ist, Metzsch verjagt mit Güte die Nationalsozialisten einzuwirken und sagte: „Kinder, doch weiter. Warum wollt ihr den provozieren?“ Als Antwort bekam er wütende Beschimpfungen zu hören. „Ich sagte Köppler zu ihm: „Ihr Schweine habt uns überfallen.“ Unter atemloser Spannung im Saal betunden dann Metzsch weiter: „Ich fand Köppler direkt gegenüber und konnte ihn ganz genau beobachten. Er griff er mit der Hand in die linke Brusttasche und einen Trommelrevolver heraus. Ich rief ihn die Hand jurid, gab ihm einen kleinen Schubs und rief: „Mensch, Du denn wahninnig?“ (Große Bewegung.) „Ich dann jurid und sah nachher, als ich zehn Meter von dem entsetzt war, etwa 20 Leute auf das Lokal zutreten. Ich die Kufe

### „Müftung, geht Feuer! Kanonen heraus!“

und konnte gerade noch in das beschlossene Lokal hineinlaufen. Im Saal wurden Kanonen herausgelassen und die Leute aus der Metzsch versammlung kamen in geduckter Stellung aus dem Saal. Metzsch erzählte, was denn eigentlich geschehen sei. Inzwischen war es schon etwas früher die Metzsch verlassen hatte, von mehreren Schüssen getroffen worden und lag blutüberströmt am Boden. Die schwerwiegende Aussage von Metzsch brachte die Anklagegenossen in Erregung und sie stellten, der Verteidiger hat sich das Bergnügen gemacht, die abgegebenen Aussagen zu zählen. — 53 Fragen an den Zeugen, um seine Aussagen zu erhellen. Trotz erregter Vorhaltungen der Verteidiger und trotz der mehrfachen Ermahnung durch Herrn Dhnefjorge ja nur bei der Wahrheit zu bleiben, hielt der einen besonders günstigen Eindruck machende Zeuge klar und an seiner Aussage fest. Der Staatsanwalt mußte mehrfach greifen, um den Zeugen gegen beleidigende Bemerkungen der Verteidiger in Schutz zu nehmen. Jedenfalls war auch Dienstag ein weiterer wichtiger Schritt vorwärts auf dem Wege dieses Reinigungsprozesses, der eine rücksichtslose Enttarnung nationalsozialistischer Komplotts erbringen wird und gewiss auch schon erbracht hat.

### Otto Braun klagt

Der Preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat Grund eines Beschlusses des Preussischen Staatsministeriums den Landwirt Wilhelm Hamkens aus Tetenbüll, den der Landvolkbewegung, Strafantrag wegen wiederholter gütlicher Beleidigungen gestellt

# Der Prozess Gerd Wieringer

## Geschichte einer Liebe von Julius Wolfsohn

Wir haben in Deutschland einen ganz bekannten Schriftsteller, sagte er zum Schluß. Das ist Stephan Zweig. Es gibt eine kleine Erzählung von ihm, „Untergang eines Herzens“ heißt sie. Und jedes Mal, wenn ich Gerd lese, muß ich an diese Erzählung denken. Denn ich sehe den Untergang eines Herzens lebhaft vor Augen. Wenn es nicht bald ein Ende hat, so aber ja, dann führt es zu einer Katastrophe. Und das Schicksal habe ich für mich, daß ich nichts, aber auch gar nichts tun kann, um ihm zu helfen.“

„Glauben Sie an ein Gewissen?“ fragte der Italiener ziemlich unvermittelt.

Dr. Walter sah ihn verwundert an, bejahte aber kaum.

„Ich weiß nicht recht, ob man das so ohne weiteres behaupten kann“, fuhr der andere fort. „Ich frage mich immer, ob das, was man gemeinhin als böses Gewissen bezeichnet, nicht lediglich Angst ist.“

Der Jurist lächelte etwas überlegen. „Natürlich!“ sagte er. „Ein Mensch mit bösem Gewissen wird immer Angst haben.“

„Sie verstehen mich falsch“, wachte Sacchi ab. „Ich meine, daß das böse Gewissen nichts anderes ist, als die Angst vor dem Tode.“

„Wie kommen Sie auf einmal darauf?“ fragte der Anwalt immer noch verwundert über diese Aussagen.

„Ich weiß“, bestach der Italiener daraufhin langsam sprachlos, „denn das Gewissen ist schließlich das Zusammenkommen von zwei Dingen.“

Und so der Verstand, das Gewissen bezeichnet er.

„Nun, das ist ja, was ich mit dem Freund von heute gemeint habe“, fuhr der andere fort. „Ich frage mich immer, ob das, was man gemeinhin als böses Gewissen bezeichnet, nicht lediglich Angst ist.“

„Wie kommen Sie auf einmal darauf?“ fragte der Anwalt immer noch verwundert über diese Aussagen.

„Ich weiß“, bestach der Italiener daraufhin langsam sprachlos, „denn das Gewissen ist schließlich das Zusammenkommen von zwei Dingen.“

Und so der Verstand, das Gewissen bezeichnet er.

„Nun, das ist ja, was ich mit dem Freund von heute gemeint habe“, fuhr der andere fort. „Ich frage mich immer, ob das, was man gemeinhin als böses Gewissen bezeichnet, nicht lediglich Angst ist.“

Kun erzählte mir Fraulein Berg gerade heute, daß ihre Freundin seit einiger Zeit ein gänzlich verändertes Wesen zeigte. Sie sei nun ungläubiger Narabe und Neurotikerin, spräche zeitweise völlig zusammenhangloses Zeug, dann wieder könne sie Stundenlang schweigen und irgendwie zusammengekauert sitzen und vor sich hinstarren. Sie vermeidet förmlich über irgend etwas zu sprechen, was mit Wieringer in Verbindung stehen könnte. Ein Mal hat ihre Freundin den Namen Gerds genannt, und war dann über die Veränderung, die daraufhin mit Helty vorging, einsetzte. Sie wurde leibhaftig und war eine Zeit lang unfähig, ein Wort zu sprechen. Alles, was sie sagen konnte, war etwa das: „Wenn du noch einmal mit mir zusammen sein willst, dann schweöre mir, daß du den Namen dieses Mannes nie, aber auch nie mehr nennen wirst.“

„Besagt das nicht genug?“

„Sie glauben also“, fragte Walter, „daß das gute Mädchen von keinem Gewissen befreit wird?“

„Ja“, sagte der Verzagte, „das eben meine ich. Sie weiß, daß sie unrecht behandelt hat. Sie weiß, daß sie Gerd Unrecht getan hat, und tut es nicht nur, sondern sie tut es.“

„Und dabei wäre es ihr doch ein Leichtes, all dem aus dem Wege zu gehen!“ rief Walter erstaunt aus.

Der Italiener lächelte bitter auf. „Oh mein Freund, wie wenig kennen Sie dieses Mädchen! Sprechen Sie nicht mit mir. Sie ist so eigenartig, so in sich verschlossen, so in sich verbissen. — Wenn sie nicht sprechen will, läßt sie lieber sich und andere unglücklich werden. Sie ist ein sehr harter Mensch.“

„Man hat schon ganz andere Menschen zum Reden gebracht, mein Herr“, entgegnete der erfahrene Jurist gelassen. „Und es wäre doch mehr als sonderbar, wenn es hier nicht gelingen könnte. Noch gebe ich mich nicht geschlagen, denn ich habe noch einen Trumpf in der Hand, den keiner abut. Auch Gerd nicht!“

Natürlich wollte der Italiener wissen, was das sei, aber Walter wollte nicht reden.

„Wenn es dann kommt“, sagte er, „dann ist dieses Mittel anzuwenden. Ich erzähle Ihnen es in der nächsten Nacht. Und es ist nicht nötig, dann möchte ich es doch lieber unangenehm lassen.“

Es war unangenehm zu erkennen, daß Dr. Sacchi sich durch diese Worte verliert hatte. Mühte er sich nicht als Zeichen von Mitleid auszuweisen. Dr. Walter sah sich daher veranlaßt, noch hinzuzufügen:

„Sollen Sie bitte deswegen nicht beleidigt, mein Freund.“

Es ist wahrhaftig kein Mißtrauen, das mich schweigen läßt. Aber es handelt sich ja nicht um mich, und ich habe mein Verstand müssen, wenn irgend möglich überhaupt keinen Versuch davon zu machen. Sie würden an meiner Stelle nicht anders handeln!“

Dr. Sacchi mußte das nachgedrungen zugeben, aber leiser Kerger blieb in ihm haften. Der andere merkte es aber er ging darüber schweigend hinweg. Er empfahl Italiener die Verbindung mit Ella Berg aufrecht zu erhalten. Vielleicht könne man doch noch dies oder jenes erforschen. Er versprach es, aber er verabschiedete sich an diesem Abend gerade kühler als sonst von Dr. Walter.

Als aber der Anwalt die Treppe zu seiner Wohnung empotisch, blieb er einen Augenblick stehen und dachte: „Der Gang eines Herzens? Drei Herzen werden hierher zum gehen, oder — Aber das „Oben“ ist ihm so unmöglich, er es vorzog, diesen Gedanken nicht zu Ende zu denken.“

Was aber hatte Dr. Walter so sicher gemacht? Dr. Trumpf hielt er noch verborgen? War er wirklich so sicher? Und wenn er so sicher war, weshalb sprach er nicht davon? Wollte er sie alle nur in Sicherheit wiegen und unnötige und Sorge vermeiden?

Diese und ähnliche Gedanken gingen Dr. Sacchi durch Kopf, als er nach Hause ging. Er konnte sich einfach nicht klären, weshalb Dr. Walter gerade jetzt so geheimnisvoll und war deshalb geneigt, das ganze „Geheimnis“ für großen „Bluff“ zu halten.

Damit tat er Dr. Walter allerdings unrecht. Er hatte tatsächlich einige Dinge in Erfahrung gebracht, die Gerd im Verlauf der Verhandlung unbedingt nützlich sein könnten. Aber der Jurist war in Wirklichkeit von der besten Wirkung seiner Kenntnisse laienwegs so fest überzeugt. Er konnte zu gut bis Untereinanderkeit der Geheimnisse mit dieser einen Vermutung heute der Italiener nach wollte er alle beruhigen, wollte ihnen die Materie der Ungeheimnis nach Möglichkeit erschließen. Und deshalb hatte er in so geheimnisvoller Weise gesprochen. Zwar würde Gerd sehr bald davon erfahren würde, aber er selbst wollte ihm nicht darüber sprechen, — noch nicht. Denn er hatte Gerds ausdrücklichen Willen gehandelt, als er nach London

(Fortsetzung folgt)

# Anangebrachte Drohungen

von Rudolf Breitscheid

Der Führer der Zentrumsparlei, Prälat Kaas, und der hiesige Landtagsabgeordnete Heß, der Vorsitzende der hiesigen Zentrumsfraktion, haben am Dienstag auf einer Sitzung des Zentrumsparlaments der Sozialdemokratie einmal mit dem Bruch der preussischen Koalition gedroht. Herr Kaas, so berichtet „Germania“ wies auf das seitliche Bündnis hin, zu dem die Sozialdemokratie im Reichstag mit Hugenberg, Hiltner und den Sozialisten zusammengedrungen habe, und wandte sich scharf gegen die Ministerpräsidenten Braun und den Führer der sozialistischen Landtagsfraktion, Heilmann, im Reichstag gegen die Sozialdemokratie. Herr Heß erklärte es für unerträglich, wenn der zum Teil ganz hemmungslos und innerlich vollkommen unwahrhaftige Kampf so weiter ginge, wie er jetzt von der Sozialdemokratie gegen das Zentrum und den Reichstagspräsidenten Dr. Brüning geführt werde. Die Sozialdemokratie nicht endlich zu einer grundsätzlichen Aenderung ihrer Kampfweise nicht nur, sondern auch ihrer ganzen politischen Arbeitsmethode zu kommen, wird eine Zusammenarbeit mit ihr zur Unmöglichkeit. Wir haben ähnliche Warnungen schon bald nach der Bildung des Kabinetts Brüning vernommen, als die Sozialdemokratie die neue Regierung in eine selbstverständliche Opposition zu sich nahm. Sie sind dann allmählich wieder verstummt, da das Zentrum wohl einsehen mußte, daß es die Sozialdemokratie von dem Reichstagsamt nicht abbringen könne, und daß außerdem die gegen uns erhobenen Vorwürfe der Inaktivität völlig unbegründet seien. Jetzt vor den Wahlen werden die Drohungen allmählich noch verschärft in Tone wiederholt.

Was will man eigentlich von uns? Es scheint uns reichlich zu gehen, wenn Herr Kaas zwei sozialdemokratischen Mitgliedern des Reichstags, die gleichzeitig eine politische Rolle spielen, einen Vorwurf daraus macht, daß sie der Parole der Sozialdemokratie folgen. Als Reichstagsabgeordnete sind sie so zu stimmen, wie es die Verhältnisse erfordern. Und es ist — wir müssen schon ein hartes Gebrauchen — eine Annäherung des Zentrumsführers, der einzelnen unserer Parteifreunde Vorhaltungen wegen politischen Verhaltens macht. Raum ernst zu nehmen ist die weitere Anlage, wir hätten mit Kommunisten, Nationalsozialisten und Herrn Hugenberg zu tun. Wir haben uns gegen die Vorlagen der Regierung nicht und haben die Aufhebungen der Verbotsverordnungen beantragt, ohne danach zu fragen, welche Stellung andere Parteien einnehmen würden. Wenn die Gruppen der äußersten Rechten der äußersten Linken uns gefolgt sind, so ist das ausschließlich eigene Angelegenheit gewesen. Wir haben nicht um internationale Stimmen geworben. Aber geben haben wir sie mit Worten sowohl wie Taten die Regierung und ihre Parteien, und solche Bemühungen Beurteilung verdienen, so fällt die Verantwortung auf das Kabinett Brüning zurück. Daß seine Anordnungen keinen Erfolg hatten, geht uns nichts an. Und wie beispielsweise bei der Amnestievorlage gemein? Wir haben etwa die Verbündeten der Kommunisten und der Nationalsozialisten oder waren es nicht die bürgerlichen Parteien des Reichstags, die sich durch ein solches Zusammengehen in keiner Weise moralisch bedrückt fühlen.

Rein Unbefangener wird bestreiten können, daß die Sozialdemokratie bis an die Grenze des ihr Möglichen gegangen ist, um das Verlassen der geordneten parlamentarischen Wege zu verhindern. Wir haben uns zur Mitarbeit an der Regierung angeboten, aber man hat uns zurückgewiesen, und man hat keinerlei auch nur ernst zu nehmende Verhandlungen mit uns angeknüpft. Man konnte es nicht und durfte es nicht. Denn der Sinn der Regierung Brüning ist die Sozialdemokratie in eine hoffnungslose Opposition zu drängen. Das hat zu allem Überflusse, ohne Widerspruch zu uns, das Organ des Ministers Treviranus vor wenigen Tagen schon genug ausgesprochen.

Unser Aufgabe ist es, jetzt dafür zu sorgen, daß am 1. September aus der Minderheit der Reichstagsparlei die Mehrheit werde. Um dieses Ziel zu erreichen, haben unsere ganze Kraft anzuspannen, und daraus ergibt sich von der Notwendigkeit der Abrechnung mit den Parteien, die die Regierung bisher unterstützt haben oder ihr im neuen Reichstag zu einer Majorität verhelfen sollen.

Wir möchten den Ausführungen des Genossen Breitscheid eine kurze Bemerkung hinzufügen: Wir halten die Drohung Kaas und Heß für eitel Schauwortsgelei, für Theaterdonner, ein Produkt der Wahlangst, der berechtigten Angst vor der Koalition mit dem Zentrum wegen seines scharfen Bruches der Koalition. Das Zentrum wird sich nicht, seines Drohungen wegen, Es weiß sehr gut, daß ein Bruch der Koalition in seinen unvermeidlich die Auflösung des Landtags und Wahlen zur Folge hat und daß Wahlen in diesem Zusammenhang dem Zentrum sicher keine Erfolge bringen werden. Seine Stellung in den Wahlen würde dadurch nur geschwächt werden, es könnte sich eines Tages selbst außerhalb der Regierung sehen. Die Möglichkeit, eine andere preussische Regierung zu bilden, hätte es

dann nämlich wohl kaum. Denn dann wäre es endgültig als reaktionär und arbeiterfeindlich entlarvt. Gewiß, wir verstehen die Wahlangst des Zentrums. Es ist durch seine sozialreaktionäre Politik im Reich vor den arbeitenden Massen aufs schmerzlichste kompromittiert und hat sicherlich Grund, den Ausgang der Wahlen zu fürchten. Aber es ist geradezu jammervoll, wie die Angst und das schlechte Gewissen diese Partei mitnimmt. Erst tut man bitteres Unrecht und dann jammert man und schlägt um sich. Nein, wir werden uns durch keine Drohungen des Verfassungsverweigerers Brüning beeinflussen lassen und werden die Massen rückwärtslos aufklären über die volksfeindliche Politik, die das Zentrum in den letzten Monaten wieder getrieben hat.

Berlin, 30. Juli (Eigener Junbericht). Ein Teil der Berliner Presse gibt die Drohungen der Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags gegenüber der Sozialdemokratie in der gestrigen Sitzung des Reichstags Vorstands der Zentrumsparlei unter Schlagzeilen wieder, wie „Zentrumsultimatum an die Sozialdemokratie“. Wir können dazu nur bemerken, daß nicht so heiß gegessen wird, wie es gekocht ist, und daß Herr Heß an alles andere als an ein Ultimatum gedacht hat. Seine Ausführungen bezwecken nach unseren Informationen nichts anderes als die Beruhigung kleiner aufgeregter Zentrumsgeister und dürften irgendwelche Folgen nicht haben.

## Deutsch-polnische Vereinbarung über die Grenzwirtschaften

Berlin, 29. Juli. Die bedauerlichen letzten Zwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze, von denen einige sogar Verluste von Menschenleben zur Folge hatten, haben zu einer Vereinbarung zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über eine gemeinsame abschließende Prüfung des Landesstandes durch je einen Delegierten der beiden Außenministerien geführt. Bei den Verhandlungen der Delegierten ist der gesamte Sachverhalt eingehend erörtert worden. Ein Teil bisher kritischer Punkte konnte dabei geklärt werden. Eine volle Ueberzeugung in m u n g über alle Einzelheiten ist aber nicht erzielt worden.

In Verfolg dieser Prüfung und im Interesse der nachbarlichen Beziehungen haben sich die beiden Regierungen nunmehr über folgende Punkte geeinigt: Soweit auf der einen oder anderen Seite Strafverfahren eingeleitet sind, werden die beiden Regierungen sich gegenseitig das für die Aufklärung der Fälle sachdienliche Material, insbesondere Zeugenaussagen, mitteilen, und den zuständigen Behörden zur Berücksichtigung bei den im Gange befindlichen Verfahren übermitteln. Dies gilt insbesondere für den Zwischenfall von Proßken, zu dem die polnische Regierung neues Material zur Verfügung gestellt hat. Die sich im Laufe der verschiedenen Verfahren ergebenden tatsächlichen Feststellungen werden sich die Regierungen gegenseitig zur Kenntnis bringen.

Anßerdem haben die beiden Regierungen Maßnahmen getroffen, um einer Wiederholung solcher Zwischenfälle vorzubeugen. Insbesondere ist den selbstbestimmten Grenzbeamten die Ueberschreitung der Grenze ohne besondere Dienstausweisung und ohne vorheriges Benehmen mit den Grenzbehörden des anderen Teiles grundsätzlich verboten worden; auch sind sie angewiesen worden, bei Beobachtung der Vorschriften über den Grenzverkehr, insbesondere derjenigen über den Verkehr von Grenzansammlungen, jede unnötige Härte gegenüber der zivilen Bevölkerung zu vermeiden. Schließlich haben die zivilen Behörden Weisungen über eine Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden des anderen Teiles bei etwa vorkommenden künftigen Grenzwirtschaften erhalten.

## Neue Untaten des politischen Gefindels

Am Dienstag Abend kam es in Berlin an verschiedenen Stellen zu Ueberfällen von nationalsozialistischen Rowdys auf politisch andersdenkende Elemente. In der Charlottenburger Bismarck-Straße wurden vierzehn Reichsbannerleute von dreißig Salatenzählern überfallen. Ehe es jedoch zu Tätlichkeiten kommen konnte, war die Polizei zur Stelle. Die Rowdys rückten aus wie die Haken. Festnahmen konnten nicht erfolgen. In der Knobelsdorf- und Rehling-Straße kam es zu einer schweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Polizei machte dem blutigen Straßenkampf ein Ende und nahm mehrere Nationalsozialisten fest. Sie befinden sich in Polizeigewahrsam und werden heute dem Schnellrichter übergeben.

In der Finow-Straße in Neukölln wurde ein Nationalsozialist von 20 Mitgliedern der antisozialistischen Garde überfallen. Das gleiche Schicksal wurde einem Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend zuteil. Die Angreifer brachten dem Bekehrten erhebliche Kopfverletzungen bei und raubten ihm das Abzeichen seiner Organisation. Als die Polizei erschien, flüchtete das Gefindel.

## Der ständige Ausschuss des Reichstages tritt zusammen

Berlin, 29. Juli. Der Ausschuss des Reichstages zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung ist auf Mittwoch, den 3. August, zu einer Sitzung einberufen worden. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung wird der Ausschuss die Frage behandeln, ob er beauftragt ist, die Bestimmungen der Regierung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung aufzuheben. Außerdem steht auf der Tagesordnung ein Antrag des Reichsministers des Innern auf Aufhebung der Immunität des Reichspräsidenten, des Reichsministers des Innern nimmt an, daß der Ausschuss ebenso wie der Reichstag das Recht hat, die Immunität eines Abgeordneten aufzuheben. Die Frage ist jedoch unstritten. Infolgedessen wird sich der Ausschuss auch damit befassen.

## Es bröckelt in Thüringen

Weimar, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht). Gerüchte von einer Regierungskrise im Umlauf. Die „Allgemeine Thüringische Landeszeitung“ veröffentlicht unter dem Titel „Regierungskrise in Weimar“ einen Artikel, in dem es heißt, daß gewisse Kreise mit dem Gedanken spielen, mit der Wahl zum Reichstag auch zum Landtag neu zu wählen. Der Gedanke sei zuerst auf dem Gausatz der Nationalsozialisten in Weimar laut geworden. Man habe hier den Gedanken aufkommen lassen, daß es nicht mehr zu einem Bruch der Koalition kommen könnte, und zwar wegen des Abstimmungsverhältnisses über die Reichsantrag der Sozialdemokratischen Partei gegen Fried und Maritz und der Stellung der Reichspartei zu diesen Anträgen.

Die „Landeszeitung“, das Organ des Ministers Baum, widerspricht den Gerüchten, wonach die Thüringische Regierung gekündigt seien, erklärt aber gleichzeitig, daß es durchaus nicht unmöglich erscheine, daß es in Anbetracht der finanziellen Schwierigkeiten, die infolge der Spernung der Reichshulfsstelle zu verzeichnen seien, zu ernstlichen Meinungsverschiedenheiten im Kabinett komme und eine Krise herbeigeführt werde.

Weimar, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht). Der thüringische Wirtschafts- und Justizminister Dr. Kästner, der gegenwärtig die in Urlaub befindlichen Minister Fried und Baum vertritt, hat sich nach Garmisch in Oberbayern begeben, wo eine Zusammenkunft der thüringischen Minister stattfinden soll. Zweck der Reise ist eine Aussprache über das vorläufige Urteil des Staatsgerichtshofes in dem Streit um die gesperrten Reichsgelder und über die dadurch geschaffene Lage. Minister Dr. Kästner (Wirtschaftsminister) soll die Auffassung vertreten, daß in der Streitfrage eine Verständigung mit dem Reich herbeigeführt werden müsse, bevor der Staatsgerichtshof ein Urteil fällt. Fried ist damit nicht einverstanden. Er will, daß der Staatsgerichtshof sich für oder gegen Thüringen entscheiden soll.

## Neuer Skandal in Oesterreich

Bundesregierung fördert unter dem Druck der Heimwehr die Korruption. Wien, 29. Juli. (Eig. Drahtb.). Die Bundesregierung hat am Dienstag u. a. den Kandidaten der Heimwehr und Grazer Abgeordneter Dr. Straffella zum Mitglied der Verwaltungskommission der Bundesbahnen ernannt. Straffella ist von der Wiener „Arbeiterzeitung“ in letzter Zeit wiederholt der Korruption und der Spekulation mit Lokalbahnaktien und einer Reihe von anderen Korruptionsgeschichten bezichtigt worden. Man hat ihn allerdings nicht zum Generaldirektor, wie es die Heimwehr wollte, sondern nur zum Mitglied der Verwaltungskommission ernannt und hat, um diese Ernennung durchzuführen zu können, einen Eisenbahnsachmann, der erst vor vier Monaten in die Hauptverwaltung der Bundesbahnen berufen wurde, ausgeschickt. Die Ernennung Straffellas hat in der Öffentlichkeit großes Aufsehen hervorgerufen und ist in der hochkommerziellen Stille der Politik zu einer politischen Sensation geworden. Es handelt sich um einen neuen Skandal des antimarxistischen Kurzes der österreichischen Bürgerblockregierung.

## Er bringt keine Beweise

Der Fall Sandham im Unterhaus. London, 29. Juli. (Eig. Drahtb.). Im Unterhaus wurde am Dienstag nachmittag wieder einmal der Fall Sandham und die von Sandham gegen die Mitglieder der Labour-Fraktion erhobenen Vorwürfe behandelt. Sandham war diesmal anwesend und verlas nochmals seine in Manchester gehaltene Rede. Mehrmals rief ihn der Präsident zur Ordnung. Als Sandham trotzdem mit der Verlesung seiner Rede fortfahren wollte, wurde er von Maxton gebeten, sich der Ordnung zu fügen. Sandham schloß mit den Worten, er stehe zu jedem seiner Worte. Dann mußte Sandham dem parlamentarischen Brauch gemäß den Sitzungssaal verlassen. Er tat es, von den Juristen aus allen Parteien Beweise, Beweise begleitet.

Da ein konservativer Abgeordneter den Antrag eingebracht hatte, Sandham zur Verantwortung zu ziehen, mußte der Ministerpräsident Stellung nehmen. Macdonald tat es, indem er erklärte, Sandham habe seine Worte nicht zurückgezogen und auch keinen Beweis für seine Behauptungen geliefert. Deshalb müsse ihm hierzu vor dem verfassungsmäßig bestimmten Parliamentsauschuß Gelegenheit gegeben werden. Baldwin und Lloyd George unterstützten Macdonald und sagten, es handle sich nicht nur um die von Sandham schwer beleidigten Mitglieder der Arbeiterpartei, sondern auch um die Würde und das Ansehen des Parlamentes. Zum Schluß der Debatte wurde ein Antrag Macdonalds auf Einberufung des zukünftigen Untersuchungsausschusses mit 419 Stimmen gegen 8 Stimmen der engeren Freunde Sandhams angenommen. Der Ausschuss, vor dem sich Sandham jetzt verantworten müssen, hat nach der Befassung kraftvoller liche Gewalt.

## Englands Indient Kommission

London, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht). In der Dienstag-Sitzung des Unterhauses erklärte Macdonald, die Regierung habe beschlossen, die britische Delegation zur kommenden englisch-indischen Konferenz aus je drei oder vier Mitgliedern aller englischen Parteien zusammenzusetzen. Die Regierung werde sich jedoch in ihren Entschlüsse für die Konferenz volle Handlungsfreiheit vorbehalten.

## Ausdehnung des Kurdenaufstandes

Angora, 29. Juli. (Eig. Drahtbericht). Alle amtlichen türkischen Siegesmeldungen aus den Provinzen vermögen die Tatsache der immer noch zunehmenden Ausdehnung des Kurdenaufstandes nicht aus der Welt zu schaffen. In den letzten Tagen der vergangenen Woche sind wieder mehrere Kurden-Stämme aus dem Jal über die angrenzende Grenze in das türkische Wilajet Hakkari eingebrochen. In der Spitze dieser Stämme steht der aus zahlreichen früheren Kämpfen und Aufständen berühmte Kurdenhäuptling Barzan, der enge freundschaftliche Beziehungen zu den Kurdenführern am Erzurum und am Wan besitz unterhält. Die amtlichen türkischen Meldungen sprechen zwar nur von 500 Bewaffneten, die Barzan folgen sollen. Immerhin ist es den im Wilajet Hakkari liegenden türkischen Truppen noch nicht gelungen, die Invasion zurückzuweisen. In großer Eile sind Verstärkungen aus dem Wilajet Erzurum nach Hakkari entsandt worden. Der Kurdenanbruch in das Wilajet Hakkari ist für die Türkei umso gefährlicher, als es in diesem unbesetzten, abseits aller großen Straßen nördlich von Mosul gelegenen Wilajet überhaupt keine türkischen Dörfer gibt und die ganze Bevölkerung aus Kurden besteht. Wenn es den Türken nicht gelingen sollte, Barzan und seine Truppe in wenigen Tagen niederzuwerfen, so ist mit einem allgemeinen Aufstand der Kurden auch in Hakkari zu rechnen. Zeitpunkt und Ort, wo in dieser neuen Kurdeninvasion zeigen sehr deutlich, daß zwischen den verschiedenen lokalen Kurdenaufständen und Invasionen ein geheimes Zusammenhängen besteht und daß sich im Hintergrund der Bewegung haltenden eigentlichen Führer bei der Anlage aller dieser Aktionen nach durchaus modernen strategischen und taktischen Gesichtspunkten verfahren. Mit dem neuen Kurdenanfall wird offenbar der Zweck verfolgt, den türkischen an der persischen Grenze wieder Bewegungsfreiheit zu verschaffen.

## Niederlage Zölibatisten

Washington, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht). Die Regierungskruppen haben in der letzten Woche mehrere Niederlagen und große Verluste erlitten. So hat die Demokratische Partei bei den Wahlen in den verschiedenen Staaten, die die Republikaner gewonnen haben, einen schweren Rückschlag erlitten. In den verschiedenen Staaten, die die Republikaner gewonnen haben, sind die Demokraten in den verschiedenen Staaten, die die Republikaner gewonnen haben, einen schweren Rückschlag erlitten.

# WERTHEIM

BRESLAU

Tel.-Sammel-Nr. 221 11

Photo-Atelier III. Stock:  
 Postkarten ... 1 Dtz. von Mk. 5.- an  
 Schnellphoto ... 12 Bilder Mk. 1.-  
 Expres 10 Bilder 15 Sekunden ... 1.-  
 Entwickeln ...  
 Amateur-Vergrößerung ...  
 Vergrößerung ...

# Serien-Verkauf

Ein Spezial-Verkauf von besonderer Billigkeit!

**90<sup>00</sup>** PF

- 1 Woll-Musselin bedruckt mit Mohl-stein verz.
- 1 Kissenbezug Größe 40-50
- 1 Knabenhemd Länge 40-55
- 1 Hängerkleidch. Länge 40-55
- 1 Herrensocken Mako mit Kunstseide
- 1 Damen-Leinen imitiert
- 1 Herren-Schweden 1/2 mit
- 1 Hallenturnschuhe Gr. 36/42
- 1 Kinderfasche Leder, m. Büg. u. lang. Griff
- 1 Alpaka-Börse
- 1 Collier vergoldet
- 1 Taschenuhr komplett
- 1 Konsol mit Maß, email.
- 1 Milchtopf bunt, ca. 1 Liter
- 1 Stehauf

**1<sup>90</sup>**

- 1 Leinenhut für Straße und Strand
- 1 Strumpfhaltgürt.
- 1 Sportgürt. Jacquard vorn r. Knöpf., m. 4 Hüll.
- 1 Büstenhalter aus gutem Stoff
- 1 Damenstrümpfe Seiden-filz
- 1 Damenstrümpfe Kunstseide
- 1 Damenschlupfer Kunstseide
- 1 Jumperschürze Gingham gestreift
- 1 Doublé-Armreifen
- 1 Ledergürtel mit amer. Schnalle
- 1 Küchennandtüch. Reinl. 3 St.
- 1 Torienplatte ca. 20 cm hübsch Dek.
- 1 Satz Schlüssel Glas
- 5 Einkochgläser Gummi-ring
- 6 Dessertteller Indischblau Porzellan

**2<sup>90</sup>**

- 1 Crêpe de Chine reine Woll.
- 1 Woll-Georgette
- 1 Foulard reine Seide
- 1 Kinderkleid Waschstoff Lg. 40-60
- 1 Hüfthalter Jacquard, 4 Hälter
- 1 Biberbettuch mit Indischen-Kante
- 1 Filzhut Aufschlagform
- 1 Filzhut für Kinder
- 1 Sepphose für zirka 2 Jahre
- 1 Wanne verzinkt, 60 cm
- 1 Plättbreit bezogen
- 1 Waschgarnitur Stiel.
- 1 Römer mit grünem Stiel, reich geschliffen, 6 Stück
- 2 Pfd. Kapok
- 1 Bohnerspritze mit Halbwasserkess.

**4<sup>90</sup>**

- 1 Kinderkleid Länge 50-80
- 1 Künstlerdecke a. Krapp 130x160
- 1 Filzhut Flapperform
- 1 Crêpe de Chine-Schal
- 1 Tischtuch Reinleinen, Jacquard 130/130 cm
- 1 Bettvorlage
- 1 Linon gute Strapazierware, 130 br. 4 Meter, für 1 Deckbett
- 1 Inlett säureecht, 80 cm breit 4 Meter, für 2 Kissen
- 1 Schlafdecke kamelhaarfarb. mit Kante
- 1 6 Kaffeelöffel Alpaka 90 gr. versilb.
- 1 1 Bohnerbürste o. Stiel
- 1 Waschgarnitur Stiel.
- 1 Kompottschale Blei-kristall
- 1 12 Weingläser geschliffen
- 1 Glasbowle Olivenschliff

**6<sup>90</sup>**

- 1 Hemdbluse Waschseide mit Ripsbänder
- 1 Nachthemd mit Schweizer Stickerei
- 1 Kostümrock reine Wolle
- 1 Lüstersakkos
- 1 Damenschirm
- 1 Stubenhandtüch. 6 Stück
- 1 Kaffeegedeck 130/160, mit 2 Servietten
- 1 Popelin-Oberhemd
- 1 Filzstumpfe Haarfilz
- 1 Trainings-Anzug Größe 1 u. 2
- 1 Schlafdecke Wolle
- 1 Lack-Spangenschuhe
- 1 1 Satz Alum.-Töpfe
- 1 Traubenspüler reicher Mettschliff
- 1 Kaffeeservice 1. 6 Person.

**8<sup>90</sup>**

- 1 Tenniskleid Waschfilz
- 1 Popeline-Wollkleid
- 1 Kinderkleid Waschseide
- 1 Flauschmorgenrock
- 1 Vollekleid mit Capote
- 1 Filzglocke weiß, groß, für 2 Jahre
- 1 Trench Coat für Knaben
- 1 Steppdecke doppelreihig
- 1 1 Filegenschrank
- 1 1 Teller Kunstkeramik
- 1 Kompottschale Blei-kristall
- 1 Kaffeeservice für 12 Personen
- 1 Teeservice für 6 Personen
- 1 1 Gaskocher 2-flammig
- 1 Hausapotheke

**Speisezimmer**  
 Eiche, 160 cm breit, ... komplett 650 Mk.  
 Schlafzimmer, Eiche .... komplett 550 Mk.  
 2 Bettstellen, Nußbaum .. komplett 225 Mk.  
 Auszugstisch 45 Mk., Küchen, komplett, 130 Mk., Büffett, Nußbaum, billig, Stühle, 7,50 Mk. Teilzahlung gestattet.  
 8161 Giesel, Breite Straße 42

Wir drucken  
 gut  
 preiswert  
 und  
 schnell  
 Also so, wie Sie  
 es brauchen!

**Apotheken-Eröffnung.**  
 Nach erfolgter Konzessionierung durch den Herrn Oberpräsidenten habe ich heute die  
**Malapane-Apothek**  
 Frankfurter Straße 134 (Ede Malapanestraße) eröffnet.  
 Fernruf 597 04 **Georg Meyer.**  
 Anfertigung sämtlicher Krankentafeln-Rezepte. 7663  
 Nachdienst: Mittwoch und Sonnabend.

**Mein Räumungs-Verkauf**  
 wegen Geschäftsverlegung ist in einigen Tagen zu Ende!  
**Darum — Elle tut not!**  
**Nie wieder so billig!**

Weiße Bettbezüge mit 2 Kissen 4.40	Tafeltuch derbe Qualität, 125/225 3.95
Weiße Bettbezüge besticht 4.95	Linon für Bettwäsche, stabile Ware, 130 br., 0.57, 0.60 0.49
Parade-Garnitur p. Lind. in herrlich. Motiven 6.90	Wollis schwere, ehed. deutsche Qual., 130 breit 1.10 0.65
Wollisbezüge mit 2 Kissen, ganzr. Ware, in herrlich. hochedel. Qualität, moderne Dessins, 7.75	Damast glanzreine Ware, moderne Muster, 130 breit 1.65, 60 breit 0.95
Damastbezüge mit 2 Kissen, hochedel. Qualität, moderne Dessins, 9.90	Bettdecken Hautuch, 150 cm breit 1.30
Bunte Bettbezüge gute, schles. Ware, mit 2 Kissen 6.25	Bettdecken Halblein, 140 br., besond. Angebot 1.75
Inlett fertige geckht, federd. u. säureecht, 8.00, 7.25 6.50	Inlett fertige, federdicht und säureecht, 130 weil 1.30, 80 breit 1.10
Bettdecken volle Größen 2.25, 1.95 1.85	

**Achtung! Der billige Tisch!**  
 enthaltend angeschmückte Tisch, 80x110, Leib- und Hauswäsche Rests und Abschnitte zum Teil weit unter Einkaufspreis

**Wäsche-Manneberg**  
 in Alsdorf, Rauschenstraße 47/48 in Hettl.  
 Ab 10. August 1931 - Verkauf Rauschenstraße 45 (Läden)

**Es geht zu Ende!**  
 wegen vollständiger Geschäftsauflösung dauert nur noch **kurze Zeit!**  
 Ohne Rücksicht auf die Herstellungspreise sind die Restbestände in **Herren- u. Knaben-Kleidung** bis zu **75%** und mehr im Preise **herabgesetzt!**  
**Allen Sie!** Nie wieder bieten sich Ihnen solche Vorteile!

**Gebr. Kreuzberger**  
 Herren- und Knaben-Bekleidung  
**Nur Reusehstraße Nr. 16/17**  
 Ecke Neuweltgasse

**Spottbillig Verkauf**  
 von 9-16 Uhr  
 Gebrauchte Matratzen  
 Federbetten  
 Sportbekleidung  
 Sportgeräte  
 Badenregale  
 im Zentrum  
 Neue Antonienstr. 6

**Kleine Anzeigen**  
 sind in der Volkswoche billig u. erfolgreich

**Wohnungen**  
**Leerzimmer**  
 für Ehepaar mit 2 Kindern gesucht, nicht über 20 monatlich, Offerten Preisangabe mit. A. an die Geschäftsstelle, Zeitung erbeten.

**Verkaufe**  
 Pracht. Damenkleid Popeline, Crêpe Gold etc. bis 30. März, jetzt da 12.00, 9.00, 7.50, 5.00. Friedländer, Sonnabend.

**Sobelbar**  
 und Westzug, hell, Balken, best. Armaturen, Größtgeher Straße 68, 69.

**Kleine Anzeigen**  
 sind in der Volkswoche billig u. erfolgreich

**Wohnungen**  
 für Ehepaar mit 2 Kindern gesucht, nicht über 20 monatlich, Offerten Preisangabe mit. A. an die Geschäftsstelle, Zeitung erbeten.

## Breslauer Nachrichten

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Groß-Breslau ist für Mittwoch, den 30. Juli 1930, 10 1/2 Uhr, eine außerordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ein.

### Einziger Tagesordnungspunkt Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag

Anträge außerhalb dieser Tagesordnung, die in der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen drei Tage vor Beginn der Generalversammlung dem Vorstande unterbreitet werden.

An der außerordentlichen Generalversammlung nehmen mit steigender Stimme die gewählten Vertreter sowie die Mitglieder des engeren und erweiterten Vorstandes teil. Die Revisoren, die Mitglieder der Prekommission und des Bildungsausschusses, sowie die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Land, Provinz, Staat und Reich und die Redakteure der "Volkswacht" haben beratende Stimme.

Eintritt nur gegen Vorzeigung der gelben Vertreterkarte des Mitgliedsbuches.

Mitglieder haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches Zutritt zur Galerie. Eingang durch das Restaurant. Die Abteilung Ohlauer Tor hat Zutritt.

## Robert Herrmann 60 Jahre

Wer kennt ihn nicht, den langjährigen treuen Schatzmeister Breslauer Sozialdemokratie. Mögen innerhalb der Partei Meinungen heftig wogen, Robert Herrmann steht in erster Linie auf dem Standpunkt, daß zum Kriegsjahre Geld gehört, sorgfältig auf den Wahllokalen, daß sich seine Kasse immer füllt. Und das ist keine leichte Aufgabe, besonders in der Notzeit, wo es den Verrenteten schwer wird, das unumgängliche für die Partei zu opfern. Robert Herrmann wurde am 30. Juli 1870 in Schäg, Kreis Gohrau, als Sohn einer Gärtnereifamilie geboren und lernte ebenfalls Gärtner. Die Jahre führten ihn weit in Deutschland herum, die schlechten Verhältnisse im Gärtnerberuf boten ihm aber keine rechte Existenz, bald wandte er sich der Metallindustrie zu und arbeitete in Glatz bei Schimeles und Vinke-Hoffmann. Früh wurde er mit der Bewegung vertraut. Schon während des Sozialistenkrieges war er Leiter der "Schlesischen Nachrichten", der Vorläuferin der "Volkswacht". Nach dem Falle des Sozialistenregimes trat er der Partei bei, doch erlitt seine Mitgliedschaft Unterbrechung, so daß sie nunmehr seit dem Jahre 1899 unterbrochen ist. Als Bezirksführer und später als Distriktsführer hat sich Herrmann außerordentlich bewährt, weshalb er 1906 zum Parteileiter gewählt wurde. Nach der Revolution war er fünf Jahre Stadtverordneter, konnte dann aber wegen Arbeitslosigkeit nicht mehr kandidieren, da er inzwischen die Kassenführung für den ganzen Bezirk und auch für Oberschlesien übernommen hatte. Als Bürgerdeputierter wirkte er jedoch noch in mehreren Deputationen und Kuratorien mit. Auch dem "Landerwerb" "Vorwärts" hat er als Mitglied des Aufsichtsausschusses gute Dienste geleistet.

Der Jubilär erfreut sich guter Gesundheit, und wenn die Wahlen vorbei sind, hoffen wir, daß er auch für die nächsten wieder das nötige Pulver zusammenbringen wird. Wir wünschen ihm selbst für die Zukunft alles Gute und hoffen, daß baldige bessere Zeiten es ihm erleichtern, die Kriegsschuld der Partei auf der erwünschten Höhe zu halten.

## Ein reaktionärer Studententag

Sympathieunterstützung für Fried und Günther — Bekenntnis zur Arbeitsdienstpflicht

Vom 25. bis 29. Juli fand in Breslau der 13. Deutsche Studententag der "Deutschen Studentenschaft" statt. Diese Organisation besteht bekanntlich seit der Auflösung der alldeutschen Studentenschaften in Preußen zum großen Teil aus nationalsozialistischen privaten Studentenvereinigungen, die sich unter grober Führung der nationalsozialistischen Gesamtverbände aller Studenten zu bezeichnen pflegen. Die sogenannten "Deutschen Studentenschaften" ist also durchaus kein Zusammenschluß der deutschen deutschen Studentenschaften; ihre Tagung ist wie jede Veranstaltung irgendeiner anderen privaten Organisation mit selbstverständlichem Stillschweigen übergegangen, wenn sie nicht ganz deutlich im Zeichen der Forderung der Wiederherstellung der staatlichen Anerkennung in Preußen stehen hätte. Den preussischen Studentenschaften war, wie erlich, die staatliche Anerkennung und damit die offizielle Überwindung entzogen worden, weil sie ihre wichtigste Aufgabe in einem engen Zusammenschluß mit österreichischen völkischen Studentenorganisationen gesehen hatten. Da aber jetzt die neue Wiener Studentenschaft das völkische Prinzip — nämlich höchst unvorsichtigerweise Herr Gierlich von der D. das Kind beim rechten Namen — seine rechtliche Festlegung hat, glaubt man vom preussischen Kultusministerium staatliche Anerkennung unter Genehmigung des Zusammenstoßes mit den Oesterreichern verlangen zu können. Das Kultusministerium wird bei Prüfung dieser Forderung D. St., die offenbar schon die Staatsmittel reichlich fließen ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten enden sieht, nicht an der Hand vorbeigehen können, daß der 13. Deutsche Studententag in Breslau zu einem Rechtsradikalismus nationalsozialistischer Art bekannt hat. So beglückwünschte der Studententag das Kultusministerium zur Erhaltung des Rechtskultus für die Zukunft, nahm also offen für Fried und seinen Freund Stellung. So stellte man in einer weiteren der ungenügenden Entscheidungen mit nationalsozialistischen Methoden fest, daß nur der Youngplan — nicht etwa die kapitalistische Welt — als Ursache des niedrigen Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung werden könnte. So hörte man häufig den Rednerwort an, daß dem Versäuer Vertrag die Grundlage zu einer dritten Tannenberg Schlacht gegeben sei. Man übernahm viel von Wehrpolitik zu reden, aber nicht von den Reagen des Arbeiterstudententums. Man sah sich warm die Gemeinopfer — im deutschen Sprachgebrauch sonst Gemeinopfer — ein und hielt es annehmbar für sich, daß man ein Werk an die Arbeit der Arbeiter übertrug. Neben der allgemeinen betonten rechtserhellenden Wirkung wußte auch die Tatsache, daß der Studententag gegen die neuen Unterwerfungsbedingungen des Kultusministeriums Stellung nahm, mit dazu beitragen, daß der Nationalsozialistische Studententag nach staatlicher Anerkennung zu den großen Stimmen im preussischen Kultusministerium sein Ohr finden wird.

# Mieterkampf geht weiter!

### Sechs vollbesetzte Versammlungen der Neubausmieter entscheiden sich für Fortsetzung des Kampfes — Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung gefordert Straßen-Demonstrationen werden vorbereitet

Die im Neumieterschutzverband zusammengeschlossenen Siedlungsvereine Zimpel, Wöpelwih, Tschansch, Merkesstraße und Weßend veranstalteten gestern abend in der Terrassen-Gaststätte der Jahrhunderthalle, im Amerikanischen Vergnügungspark Kleingebäude, im "Reichsadler", Tschansch, bei Schmidt, Hubenstraße, und im Eigenpart-Restaurant Protestkundgebungen gegen die Erhöhung der Neubausmieten, die seit Monaten so heftig umstritten wird und nun doch rückwirkend ab 15. Juni von der Siedlungsgesellschaft gefordert wird. In Zimpel wurde im zweiten Saale des Jahrhunderthallen-Restaurants eine Parallelversammlung durchgeführt. In allen Versammlungen, in denen die Siedlungsfreunde Reim, Schumann, Widera, v. Specht, Steffen und Reimann zu dem Verhalten der Siedlungsgesellschaft Stellung nahmen, wurde darauf hingewiesen, daß die Organisation bemüht war, eine friedliche Erledigung herbeizuführen, daß die Neumieterschaft aber durch die Brüstung aller ihrer Vorschläge direkt gezwungen wird, erneut den Kampf aufzunehmen.

In allen Versammlungen kam die Erregung der Neubausmieter in den Diskussionen sehr scharf zum Ausdruck, und es ist verständlich, daß die Kommunisten nicht fehlten, die aus sehr durchsichtigen Gründen die Einstellung jeglicher Mietzahlung proklamierten, ohne allerdings darzutun, welche Entwicklung sie aus dieser agitatorisch zwar sehr wirklamen Lösung für die Interessen der Neubausmieterschaft erwarten.

Alle Versammlungen stimmten fast einstimmig für folgende, vom Verbandsvorstand vorgelegte

### Entscheidung:

Die am 29. Juli versammelten Breslauer Siedlungsmieter stellen fest, daß trotz aller Bemühungen der Mieterschaft und des Neumieterschutzverbandes die Lage im Kampf um ertägliche Mieten unverändert ist und beschließen aus diesem Grunde die einmütige Fortführung des Kampfes.

Da alle Versuche, erneut zu Verhandlungen im Interesse der Mieterschaft zu gelangen, seitens des Magistrats und des verantwortlichen Dezernenten Stadtrat Dr. Judas durchkreuzt und verhindert werden, fordert die Mieterschaft die Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung.

die zu dem bestehenden Konflikt und zur Einstellung des Magistrats Stellung nehmen soll.

Gleichfalls fordert die Mieterschaft, daß die Kleinwohnungsbaudeputation sich im Interesse der Mieterschaft einsetzt, als das bisher der Fall war, mit der Festsetzung der Mieten in den Neubauswohnungen beschäftigt.

Erneut weisen die Mieter auf die im Gutachten des Neumieterschutzverbandes gemachten Vorschläge hin und fordern die Einführung der Wohnungsbausteuer zur Entlastung der Neubausmieter. Sie stellen dabei fest, daß entgegen den Behauptungen des Regierungsvertreters und des Magistrats eine beratige Steuer bereits in zwei preussischen Städten, Erfurt und Suhl, besteht.

Die Mieterschaft fordert erneut, daß die Mietervertreter in den Härteprüfungscommissionen ausschließlich durch die organisierte Mieterschaft gestellt werden. Insbesondere fordert sie, daß die bewilligten Ermäßigungen nicht in Prozenten einer willkürlich festgelegten Friedensmiete, sondern in Höhe von mindestens 20 Prozent der tatsächlichen Miete festgelegt wird.

Um die Kampffront der Mieter zu stärken, beschließen die versammelten Mieter, daß in der Zeit vom 5. bis 10. August eine Gesamtkontrolle der Mietsbücher durchgeführt wird und fordern die gesamte Mieterschaft auf, sich geschlossen an der Durchführung dieser Maßnahme zu beteiligen.

Um die breiteste Öffentlichkeit auf die verzweifelte Lage der Siedlungsmieter in größtem Umfange aufmerksam zu machen, beauftragen die versammelten Mieter den Neumieterschutzverband, für die nächste Zeit eine mächtige Straßen demonstration aller Neubausmieter vorzubereiten.

Aus dem gleichen Grunde erwarten die Mieter von der Breslauer Presse die weitgehendste Unterstützung.

Die Versammelten weisen alle Versuche, die Organisation der Mieter zu schwächen, entschieden zurück und fordern alle Mieter auf, treu zur Organisation zu stehen und ihre Reihen zu stärken.

Angeichts der kommenden Wahlen werden die um ihre Existenz kämpfenden Mieter besonders aufmerksam die Einstellung der politischen Parteien, von den sie weitgehendste Unterstützung fordern, prüfen. Sie fordern alle Mieter auf, daraus die entsprechenden Folgerungen zu ziehen.

# Ich gehöre keiner Organisation an

### Der Unorganisierte vor den Schranken des Arbeitsgerichts

Ein Verhandlungstag vor dem Breslauer Arbeitsgericht ist in jeder Beziehung ein lehrreicher Anschauungsunterricht, besonders dann, wenn eine ganze Reihe unorganisierter Arbeitnehmer hintereinander hier Gericht sucht. Da werden Prokurier mit und ohne Stechfragen, die sonst mit ihrem Urteil sehr schnell bei der Hand sind, oder geringfügig lächeln, wenn von Gewerkschaft gesprochen wird, sehr kleinlaut und erriechen sich höchstens dann wieder, wenn sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hat. Die Einparung des Verhandlungstages wird in solchen Fällen sehr oft, allerdings zu spät bereut. Ein paar Beispiele aus dem Gerichtssaal mögen zur Illustration dienen.

### Auf Grund anonymer Verdächtigungen

Eine Verkäuferin erscheint beim Aufruf, für die Gegenpartei kommt ein Syndikus des Arbeitgeberverbandes, der früher selbst Amtsgerichtsrat war, also mit dem Gesetzen und der Gerichtspraxis vertraut ist. Wer einigermaßen Bescheid weiß, kann sich im voraus denken, welchen Ausgang der von zwei und ungleichen Partnern geführte Prozeß nehmen wird. Die kleine Angestellte war 18 Jahre bei der Spielwarenfirma Gerson Fränkel als Verkäuferin tätig. Plötzlich wurde sie eines Tages von der Kriminalpolizei aus dem Geschäft heraus verhaftet. Dem Firmeninhaber war eine anonyme (!!) Anzeige zugegangen, daß er bestohlen werde. Prompt hat er die Sache ohne jede nähere Prüfung der Polizei übergeben. Hausdurchsuchung blieb ohne Ergebnis, die Verhaftete wurde wieder freigelassen, erlitt aber durch die ihr widerfahrene Schmach einen Nerven Zusammenbruch. Weil sie dienstwegweise innerhalb Tage vom Geschäft fernblieb, flatterte ihr prompt die fristlose Entlassung ins Haus. Nun steht sie vor dem Gericht und will zumindest das noch untertarifliche Gehalt für die Zeit bis zum fristgemäßen Entlassungstermin. Sie weiß nicht aus noch ein. Der Klageantrag ist so unklar, daß das Gericht nichts damit anzufangen weiß. Impulsiv verlangt sie nur immer wieder ihr Recht und ihre Ehre, und erklärt, daß es aus gutem Hause sei. Aber mit diesen zwar menschlichen Argumenten kommt kein rechter Klageantrag zustande. Der Richter belehrt im Juristendeutsch und macht dem Mädchen klar, daß es doch die Feststellung beantragen soll, daß das Dienstverhältnis fortbesteht. Auch dieser Versuch mißlingt, denn die Klägerin erklärt nun menschlich verständlich, rechtlich aber falsch, daß sie das Geschäft nicht mehr betreibt. Sogar der Arbeitgeberbestreiter verliert, ihr nun die Erklärung in den Mund zu legen, daß sie doch fristlos das Arbeitsverhältnis gelöst habe und Schadenersatz fordert. Sie weiß auch damit nichts anzufangen. Sie denkt wie sie fühlt menschlich und das Gericht denkt juristisch. Der Syndikus braucht sich bei diesem Falle nicht in geistige Anstrengungen zu füllen. Er protestiert höchstens einmal dagegen, daß mit der Klägerin mitgetommene Bekannte in die Verhandlung hineinsprechen, und löst damit die Ankündigung des Vorsitzenden aus, den Gerichtssaal räumen zu lassen.

### Mit der Klage abgewiesen, weil...

Sobald sich das Gericht zur Beratung zurückzieht, beginnt das große Schimpfen auf den Arbeitgeber. Sogleich macht sich der Syndikus bemerkbar und empfiehlt Vorsicht von wegen einer Beleidigungsklage. Und das Urteil? Die Klägerin wird im Namen des Volkes mit der Klage abgewiesen. Eindringlich empfindet man hier, wie wertlos es ist, "aus gutem Hause" zu sein. Arbeitgeber legen solche Wertmesser nicht an. Sie organisieren sich, auch wenn sie Angestellte haben, die unter Last arbeiten und eine so gute Kinderstube hinter sich zu haben glauben, daß es ihnen absurd erscheint, sich in die Klassenfront der Arbeitnehmer einzureihen. Diese Angestellte hätte bestimmt mit einem anderen Urteilspruch das Gerichtsgebäude verlassen können, wenn sie einen mit der Gerichtspraxis vertrauten Gewerkschaftsvertreter neben sich gehabt hätte.

### Das fatale Verbandsbuch

Eine andere Klage. Mit vielen Freundinnen und Freunden kommt wieder eine Verkäuferin, die am Werkstand im "Wolvenbad" tätig war. Sie verlangt 80 Mark und Herausgabe des "Verbandsbuches". Die Gegenpartei ist gar nicht erschienen. Der Vorsitzende sagt fest, daß die Werbung vorchriftsmäßig erfolgt ist, der Klägerin also das Recht zusteht, ein Verdammnisurteil zu beantragen. Sie könne aber auch mit einer

Vertagung einverstanden sein, denn wenn sie ein Veräumnisurteil wünsche, bestünde doch die Möglichkeit, daß der Beurteilte Einspruch erheben kann, also die Verhandlung doch noch stattfinden müßte. Auch diese Klägerin weiß mit den Rechtsbehauptungen nichts anzufangen. Sie will nur zu ihrem verdienten Lohn kommen. Weil sie auch auf Herausgabe eines Verbandsbuches klagt, aber so unwissend allein vor Gericht steht, wird sie gefragt, was denn das für ein Verbandsbuch sei und ob sie organisiert ist. Dabei stellt sich heraus, daß die Klägerin irgend ein Büchlein, anscheinend von der Fleischermesse, als Verbandsbuch ansieht. Als sie schließlich immer wieder gefragt wird, ob sie Vertagung wünscht, erklärt sie sich damit einverstanden. Beim nächsten Termin wird auch ihr sicher ein Spidibus gegenüberstehen, denn der Vorsitzende hatte schon eine entsprechende Mitteilung in der Hand, in der seitens des Arbeitgebers allerdings unzulässigerweise um Aufschub gebeten und die Weitergabe an den juristischen Berufsvertreter angekündigt wurde.

### Der hilflose „junge Mann“

Dann kommt ein junger Mann, der ein Warenhaus auf Zahlung von 32 Mark verklagt hat. Er hatte sich auf ein Injektal, in dem Hilfskräfte für den Saisonverkauf gesucht wurden, gemeldet. Weil bei seiner Vorstellung errechnet worden war, daß er bei etwaiger Annahme 7,50 Mark pro Tag bekommen würde, am nächsten Tage aber ablehnenden Bescheid erhielt, verlangt er die Bezahlung der siebenstägigen Ausverkaufsstufe. Auf die Frage, ob er Zeugen hat, daß bei seiner Vorstellung zugleich die Einstellung bestätigt wurde, nennt er eine Person, der es ähnlich gegangen sein soll. Das Gericht sucht ihm klar zu machen, daß als Zeuge für seine Klage nur jemand in Frage kommen kann, der bei seiner eigenen Verhandlung mit dem Personalchef zugegen war. Das vermag der junge Mann nicht einzusehen. Er will eben den Mann als Zeugen geladen haben, dem es so gegangen ist, wie ihm. Die Firma hat Zeugen in den Angestellten des Personalbüros. Der Kläger würde sich selbst mit der Zurücknahme dieser ganz aussichtslosen Klage nur dienen, aber er besteht auf eine Beweiserhebung und einen neuen Termin, der ihm mit der Abweisung seiner Klage noch die Gerichtskosten einbringen wird.

### Alle Tage solche Episoden

Das sind keine Einzelfälle. Alle Tage rollen sich solche Episoden aus dem Leben wertvoller Menschen vor dem Arbeitsgericht ab, die oftmals bei günstiger Sachlage aussichtslos Klagen erheben. Gewiß, sie werden von den Vorstehenden "rechts belehrt". Aber davon werden die meisten nur nicht schlauer, weil es ja eben nicht jedermanns Sache ist. Wenn ein solcher Kläger vor seiner Verhandlung Gelegenheit hat, zu sehen und zu hören, welche Stille der organisierte Arbeitnehmer in seinem Verbandsvertreter findet, ärgert es ihn wohl mitunter, nicht für die gleiche Hilfe vorgesorgt zu haben. Mancher ist durch Schaden auch schon klug geworden, aber es gibt auch Unersetzliche, die noch schimpfen, wenn sie hören, daß etwa zufällig ein Gewerkschaftssekretär im Saale sitzend auf seine Verhandlung wartet und dem Unorganisierten nicht beispringt. Als ob organisierte Arbeiter Opfer bringen, damit ihre Angestellten denen mit Rat und Tat dienen, die sonst mit der Klage rumpfen, wenn von den freien Gewerkschaften gesprochen wird.

## H. G. Korn vor dem Arbeitsgericht

### Zwei Termine an einem Tage

Mit nicht weniger als acht Klagen, die gegen den bekannten Verlag der "Schlesischen Zeitung" eingegangen waren, hatte sich das Arbeitsgericht kürzlich zu befassen. Hier der vor der Angeklagten Kammer zur Verhandlung gelangten Klagen kämpfen von den ehemaligen Redakteuren der "Schlesischen", die bekanntlich vor einiger Zeit unter außerordentlichen Umständen aus den verstaatlichten Verhältnissen in der Schmeiburger Straße an die freie Luft gelangt waren. Nach der Klage des H. G. Korn, der in der Kammer gegen zwei Redakteure und zwei drucktechnische Hilfsarbeiter, die der Verlag aus angeblichen Sparmaßregeln entlassen hatte, Klagen erhoben hatte, wurden die Klagen auf eine lange Liste der Klagen bei dem Verlegen zurückgewiesen und wirtschaftlich am schwersten von der Entlassung be-



## Unternehmer sind sprachlos

### weil ein Schlichter ihre Lohnabbauanträge ablehnt

Die Unternehmer haben die Sprache verloren, weil der Schlichter in der Lohnstreitigkeit der Bezirksgruppen I bis III (Sachsen, Pommern, Schlesien) des Schühverbandes Deutscher Schuhfabriken in einem Schiedspruch vom 4. Juli den Mut aufgebracht hat, in der Begründung die Frage eine Frage zu nennen. Begründung lautet:

Mit dem im Schiedspruch vorgeschlagenen Lohnregelungen werden die vom Schühverband Deutscher Schuhfabriken und des Juni 1930 kündigten Lohnabkommen wieder in Kraft gesetzt, und ist damit sowohl der Antrag des Schiedspruchs als auch die Anträge des Reichsverbandes der Schuhfabriken und des Reichsverbandes deutscher Schuharbeiter auf eine allgemeine Erhöhung der tariflichen Lohnsätze und auf Aenderung einer Anzahl anderer Lohnpositionen abgelehnt.

Dem Antrag des Arbeitgeberverbandes auf Senkung der bestehenden Löhne konnte im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht unter eingehender Würdigung der vom Verband für seine Stellungnahme geltend gemachten Gründe allgemeinerwirtschaftlicher Natur nicht stattgegeben werden.

Eine solche Maßnahme dürfte insbesondere in dem derzeitigen Stand der Wirtschaft nach oben strebenden tatsächlichen Lebenshaltungskosten und in der durch die in bestehenden Grenzen liegenden tariflichen Stunden- und Wochenlöhne keine Stütze und keine ausreichende Begründung haben. Dabei wird nicht verkannt, daß die Wirtschaftslage auch von der auf der gesamten deutschen Industrie bestehenden wirtschaftlichen Krise stark in Mitleidenhaftigkeit gezogen und daß unter Berücksichtigung dieser Tatsache zurzeit gleichfalls jede weitere Belastung der einzelnen Betriebe durch Lohnsenkungen abgelehnt werden muß, im Interesse der Erhaltung noch bestehender Arbeitsmöglichkeiten und der Erhaltung noch bestehender Verdienstmöglichkeiten für die Arbeiter.

Es darf deshalb wohl erwartet werden, daß die für das Zustandekommen des Schiedspruchs maßgebenden Gründe von beiden Parteien nach gerechter Abwägung der gegenseitigen sozialen und wirtschaftlichen Interessen anerkannt und gebilligt werden, um damit gleichzeitig den Willen zur Erhaltung des Arbeitsfriedens und den Willen zur gemeinsamen Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Ausdruck zu bringen.

Die Unternehmer geben diese Begründung ohne Kommentar über, weil es für sie einfach unfassbar ist, daß ein Schlichter so arg ist, auszusprechen, daß auf Grund der gegenwärtigen Lage und des Wohlstandes unserer Regierung eine wesentliche Verringerung der Lebenskosten in nächster Zeit mit absoluter Sicherheit zu erwarten ist.

## Lohnabbautendenzen

### in der deutschen Schuhindustrie

Auch in der Schuhindustrie müßten die Unternehmer den Lohnabbau vornehmen, obwohl die Löhne der Schuharbeiter erst vor nicht langer Zeit aufgebessert werden mußten, weil die Erhöhung dringend notwendig war. So wurde auf der Veranstaltung des Reichsverbandes der deutschen Schuhindustrie die Erörterung der Tariffrage darauf hingewiesen, daß der Erwerb der Lohnsätze für die Schuhindustrie von 1928 bis April 1930 um 16 Prozent zurückgegangen, der tarifliche Mindestlohn für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre in Klasse I dagegen um 9,2 Prozent angeklungen sei. Die Steigerung der Tariflöhne sei eingetreten, obwohl inwischen der Lebensstandard um rund drei Prozent zurückgegangen sei. Durch die Rückgang der Lebenshaltungskosten habe die Kaufkraft des Lohnes des Schuhfabrikarbeiters noch eine Erhöhung über die tarifliche Lohnaufbesserung hinaus erfahren. Der starke Preisrückgang der Schuhfabrikarbeiten berechtige somit zu der Forderung einer Lohnsenkung.

Ein höchst einfaches Rezept: Der Preis ist zurückgegangen, muß der Lohn herunter! Daß bei der Preisbildung einige andere Faktoren als der Lohn mitspielen, ist den Schuhfabrikanten gar nicht mehr gefällig zu sein. Wie es mit dem Säute- und Lederpreis? Um wieviel werden die Preise durch die Zinsverbilligung nachgegeben? Wieviel durch die Rationalisierungsmaßnahmen, gerade in der Schuhindustrie sehr scharf durchgeführt wurden? Und wie nicht irren, dann ist die Rationalisierung auch ein sehr großer Zwang zur Intensivierung der Arbeit und damit zur Überbelastung der Arbeiter. Wieweit, so darf man weiter fragen, nun eben diese Steigerung der Produktivität ein Teil an der Verbilligung? Und schließlich muß man wohl auch die Frage aufwerfen: Wie lange haben denn die Schuharbeiter warten müssen, bis endlich ihre Löhne aufgebessert wurden? Wie viel würde in diesem Zeitraum auf Grund höherer Löhne verdient, ohne daß die Arbeiter davon profitieren? Eine Lohnsenkung bedeutet doch noch lange nicht unter allen Umständen ein Opfer für den Unternehmer. Wohl aber bedeutet eine Lohnsenkung ein solches Opfer für den Arbeiter, wenn nicht durch eine entsprechende Senkung der Lebenshaltungskosten die Kaufkraft dieses Lohnes wieder gestützt wird. Daß von einer solchen Senkung ernsthaft nicht gesprochen werden kann, sieht schon ein, wenn er sich die Lebenshaltungskosten vergegenwärtigt, die in der jüngsten Zeit immer stärker und schärfer in Erscheinung treten sind. Das Leben ist für den Arbeiter nicht billiger geworden. Der Versuch, trotzdem durch einfachen Preisrückgang auf eine Preisentlastung schematisch einen Lohnabbau zu erzwingen, läuft vor allem in der Schuhindustrie auf einen glatten Scheitern an den Arbeitern hinaus.

## Arbeitszeitverhandlungen für die Eisenindustrie von Nord-West

Die Lohn- und Arbeitszeitfragen der Eisenindustrie sind in den Verhandlungen der Eisenindustrie in den letzten Monaten Verhandlungen für die Eisenindustrie von Nord-West. Hier ist in der Tat eine Befragung der Verhältnisse dringend notwendig. Die Verhandlungen in der Eisenindustrie Nord-West sind sehr schwierig, wobei es viel Differenzen zwischen den Parteien gibt, die im März vorigen Jahres durch den Schlichter hatten kamals von 213 000 Arbeitern nur 81 900 an der Arbeit waren. 48 Stunden Woche, 100 089 arbeiten, 77 000 24 Wochen Stunden, 61 401 57 Wochenstunden und 1400 30 Wochen Stunden. Durch den Schlichter wurden im März 1930 für 14 000 Arbeiter die 48 Stunden Woche eingeführt worden. Von den 8820 in den Hoch-

ofenbetrieben des Bezirks beschäftigten Arbeitern hatten nur 4195 bisher die 48-Stundenwoche.

Die Neigung zu einer Verständigung in der Eisenindustrie soll nach einer Meldung aus Essen auf beiden Seiten vorhanden sein. Die politische Situation lasse beiden Seiten Zurückhaltung zweckmäßig erscheinen. Wohl habe der Arbeitgeberverband Nord-West die Stellung der maßgeblichen deutschen Eisenführer zur Frage einer neuen Gesamtsitzung in ganz Deutschland klären lassen, das sei aber wohl mehr die Aufstellung der Stammtische als eine Probemobilisierung gewesen. Die Umfrage habe übrigens nicht zur Feststellung der gewünschten Einheitsfront geführt. Im Ruhrbergbau — hier kann am 15. August zum Ende September gekündigt werden — lasse sich noch nichts Bestimmtes über die Haltung der Arbeitgeber sagen. Wieweit im Bezirk aufgetauchte Vermutungen über einen Verzicht der

## Arbeit durch die Reichsbahn

### 227 Millionen Mark für Neuarbeiten, davon 80 Millionen für die Waggon- und Fahrzeugindustrie

In der Generalversammlung der Eisenbahn-Verkehrsmittel-A.G., die u. a. die Ausschüttung einer Dividende von 15 Prozent beschloß, wurde mitgeteilt, daß die Reichsbahn der gesamten Waggonindustrie im Laufe des nächsten Monats einen Auftrag in Höhe von 80 Millionen Mark geben wird. Davon würden auf die Waggonabteilung der Eisenbahn-Verkehrsmittel-A.G. etwa 16 Millionen Mark entfallen. Es handelt sich dabei um einen Notstands-auftrag für das erste halbe Jahr 1931, der jedoch sofort in Angriff genommen und nach Fertigstellung bezahlt wird.

Ueber das Beschaffungsprogramm der Reichsbahngesellschaft selbst wird u. a. folgendes bekannt: Zu dem oben erwähnten Betrag von 80 Millionen Mark kommen noch für das laufende Jahr Bestellungen bei der Fahrzeugindustrie in Höhe von 20 Millionen Mark in Frage, so daß aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm rund 100 Millionen Mark

Arbeitgeber auf Kündigung wegen der neuen politischen Lage richtig sind, lasse sich heute noch nicht übersehen. Komme es für Nordwest zu einer Verständigung, die eine Kündigung für Ende September ausschliesse, dann dürften wohl für eine Kündigung im Ruhrbergbau auf Arbeitgeberseite weniger Hemmungen vorhanden sein.

Vor Lohnsenkungsversuchen im Ruhrbergbau hat der Bergbau-Industriearbeiter-Verband vor kurzem erst auf seiner Tagung in Breslau gewarnt. Das Einkommen der Ruhrbergleute ist, wie auch in der Frankfurter Zeitung hervorgehoben wird, durch die große Zahl der Feierlichkeiten (in der zweiten Juliwoch 42 000 bei rund 330 000 Mann Gesamtbeschäftigt) stark getrübt.

## Die „frommen“ Friseur

In Caprop-Kauzel (Ruhrgebiet) hat die Friseurinnung beschlossen, in Zukunft Lehrlinge, die eine weltliche Schule besucht haben, nicht mehr einzustellen. Anscheinend will man der Religion auch beim Einstellen eine Chance bieten.

für die Fahrzeugindustrie frei werden. Für den Brückenbau sind 10 Millionen Mark, für Sicherungsanlagen 2 Millionen und für verschiedene Materialien (wie Puffer, Einbau von Kupplungen usw., die der Gemischt-, der Textil- und der Holzindustrie zugute kommen werden) 30 Millionen Mark vorgesehen. Nach einer vorliegenden Meldung sollen an diesen 30 Millionen die Eisenindustrie mit 19, die Metallindustrie mit 4, die Holzindustrie mit 5 und andere Industrien mit etwa 2 Millionen beteiligt sein. Für den Oberbau werden 50 Millionen Mark aufgewandt. Darin dürften jedoch nur für 50 000 Tannen direkte Bestellungen an die Eisenindustrie erhalten sein, da die Reichsbahn auf Vorräte zurückgreifen wird. Für die Steinindustrie, deren Kollage unbekannt ist, kommen 12 Millionen Mark in Betracht. Weiter sollen 43 Millionen Mark für die Belieferung der Neubautätigkeit ausgeworfen werden.

## Die „Notleidenden“

### Für die Unterstützung der gelben Landarbeiterbewegung reicht es noch immer

In Pommern sind Dinge zu beobachten, die alles andere denn eine Not der Landwirte beweisen.

Im Kreise Schlawe befindet sich das Gut des Grafen von Krokow. Es ist etwa 3500 Morgen groß. Die Belegschaft ist zum größten Teil im Deutschen Landarbeiter-Verband organisiert. Seit zwei Jahren legt v. Krokow alles daran, diese ihr Recht begehrenden Landarbeiter müde zu machen. Neuerdings versuchte er es mit dem Zuckerbrot. Er gibt jedem Landarbeiter, der aus dem Deutschen Landarbeiter-Verband ausgeschieden und Mitglied der Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes geworden ist, eine Zugabe zu dem tariflichen Getreidebezug. Es erhalten: die Einpänner 2,20 Zentner pro Jahr, die Zweipänner 4,40 Zentner und die Dreipänner 6,60 Zentner extra. Daneben wird jedem noch Sommergetreide in einer Menge von 2 bis 4 Zentner extra gegeben.

Ähnlich verfährt der Besitzer des Gutes Eggow, von Biliaw. Er läßt den Mitgliedern der Arbeitnehmergruppe 1 Zentner Weizen extra zukommen.

Die Not der pommerschen Landwirte ist also so groß, daß sie vor den größten Aufwendungen für jenes zweifelhafteste Gebilde nicht zurückzudenken, das sich Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes nennt. Oder will man der Dummheit einreden, daß einige Zentner Getreide eine Bagatelle sind? Das müßte dann auch für die Deputatentlohnung im allgemeinen gelten.

Besonderen Grund, sich das Vorgehen der Gutsbesitzer v. Krokow und v. Biliaw zu merken, haben die Schlichtungsbehörden. Die pommerschen Landwirte bemühen sich in einem fort, den Schlichtungsbehörden begreiflich zu machen, daß nur ein zwanzigprozentiger Lohnabbau die landwirtschaftlichen Betriebe vor dem Untergang bewahren kann.

## 3000 Streikende in Lille

In einer außerordentlichen Sitzung des Stadtrates von Lille teilte der sozialistische Bürgermeister Salengro mit, daß die Zahl der Streikenden in der Stadt selbst rund 30 000 Mann betrage. Gleichzeitig protestierte Salengro gegen den Zugang immer neuer Gen darmereitruppen, deren Anwesenheit er als überflüssig und provozierend bezeichnete. Die Arbeiterhaft habe genug Beweise ihrer Selbstbeherrschung abgelegt, so daß man ihr vertrauen könne. Außerdem sei die Strafe für alle da, ebensogut für den feierlichen Einzug des Kardinals Sienart wie für die Streikenden. Zum Schluß verlangte Salengro die Bewilligung eines Kredits von einer Million Franken für die Streikende. Dem wurde vom Stadtrat entsprochen.

## Umfangreiche Kündigungen im graphischen Gewerbe Oesterreichs

Der Hauptverband der Buchdruckereibesitzer Oesterreichs gibt über die Kündigungen im graphischen Gewerbe eine Darstellung, in der es heißt: Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurde gemäß dem Beschluß des Hauptverbandes am Sonnabend die tätige Kündigung des Personals in ungefähr 400 Druckereien und graphischen Anstalten Wiens und in über 200 Druckereien in den Bundesländern durchgeführt. Von der Kündigung waren laut Beschluß des Hauptverbandes vorläufig die Zeitungsdruckereien ausgenommen.

## Immer mehr Arbeitslose!

### Reichsarbeitsminister und Berliner Metallkonflikt

Das Beispiel des Herrn von Siemens, der einen Massenabbau von Angestellten angekündigt hat, findet, wie zu erwarten war, unter den Berliner Metallindustriellen eifrige Nachahmer. Nach den Siemens-Berichten rufen nun auch AGG, Bergmann, Telefunken und Borfig in die Kampffront der Scharfmacher ein. Sie besetzen sich, das Herr der Berliner Arbeitslosen zu vergrößern. Auch die AGG will ganz ähnlich wie Siemens einen Abbau des Personalstandes um zehn Prozent durchführen. Bei Bergmann geht man mit geradezu mittelalterlichen Methoden gegen den Angestellten vor, und Telefunken und Borfig lassen die Vorbeeren des Herrn von Siemens nicht schlafen.

Obwohl der Gehaltsabbau im Wege des Diktats nichts anderes als Tarifbruch ist, wird der Druck auf die Angestellten verstärkt, um sie müde zu machen. Sie werden zum Verlassen von Berlin gezwungen. Wenn Berliner rechtschreibende bürgerliche Blätter von einer Einigung zwischen Angestellten und Berliner Metallkonflikten sprechen, so entspricht das nicht den Tatsachen: die Arbeiter sind arbeitslos. Der Gehaltsabbau geht unter Protest der Angestellten vor sich.

Wir haben es mit einem Generalangriff der Berliner Metallindustriellen gegen die Angestellten zu tun. Herr von Siemens will sein Unternehmen retten. Da in der Frage des Gehaltsabbaus die Wünsche der Metallindustriellen nicht statt durchzuführen, sollen die Angestellten jetzt entweder durch Verlassen des Landes überland geflohen oder durch Anbrohung der Kündigung auf die Knie gezwungen werden. Und das alles, obwohl die Arbeitslosigkeit schon wieder steigt und bereits mitten im Sommer mehr als unheimliche Formen annimmt.

Was der Reichsarbeitsminister gegen diesen Lutschen der Berliner Metallindustriellen unternimmt? Ein Teil der

Blätter meldet, die Vertreter der Angestelltenverbände wollten im Reichsarbeitsministerium vorstellig werden, um ein Einschreiten des Ministers gegen die Massenentlassungen zu verlangen. Diese Meldung stimmt nicht. Die Angestelltenverbände denken nicht daran, beim Reichsarbeitsminister um eine Vermittlung zu betteln. Ob der Reichsarbeitsminister von sich aus eingreifen wird, liegt bei ihm selbst. Am Sonntag hat er in Essen auf einer Vertrauensmännerversammlung der Bundesarbeitsräte der rheinischen und westfälischen Zentrumspartei über die Arbeitslosenfrage gesprochen. Er betonte, daß nicht Unterstützung und Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand das Kernstück der Arbeitslosenfrage seien, sondern, daß mindestens 85 Prozent der deutschen Arbeitnehmer von der privatkapitalistischen Wirtschaft beschäftigt würden, die Wiedereröffnung des Vertrauens zu Staat und Wirtschaft. Hierin liege das Entscheidende der deutschen Arbeitslosenpolitik. Dieses Vertrauen, das seit einigen Monaten wieder langsam aufgenommen habe, sei durch die Reichstagsauflösung und die mit ihr verbundene politische Unsicherheit wieder zurückgedrängt und ins Stoen gebracht worden. Herr Reichsarbeitsminister wird dieses Vertrauen im Staat und Wirtschaft, das leider, wie die Beschäftigung der Arbeiter, in den letzten Monaten nicht erlangen konnte, durch das Vorgehen der Berliner Metallindustriellen nicht in Grund und Boden zerstört werden. Man gehandelt denn mit dem Reichsarbeitsminister gegen das Treiben der Scharfmacher vom Schicksal des Herrn von Siemens zu tun?

Auch in der Berliner Presse ist nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß das Beispiel der Siemens-Betriebe nachhängensvolle Nachahmung und damit drohende Folgen zeitigen müsse. Der Herr Reichsarbeitsminister hat sich dem Beispiel des Reichstagsauflösung? Oder die Angestellten der

Bestenfalls Metallindustrie. Die Reichsbahn, in der Herr von Siemens führt, macht Schwierigkeiten und ebenso die Herrschaften, die wiederum unter der Führung des Herrn v. Siemens, einen Gehaltsabbau erpressen wollen. Noch ist die Vergütung der großen Postaufträge in Höhe von rund 200 Millionen, an denen auch die Siemens-Werte sehr stark teilhaben sollen, nicht endgültig entschieden. Sollen Tarifbrecher, Gehaltsabbauer, Presser und Leute, die künstlich die Arbeitslosigkeit vermehren, vom Staat auch noch durch Millionenaufträge befehligt werden? Können Firmen, die aus Mitteln der Allgemeinheit finanzierte Arbeitsaufträge erhalten, nicht gezwungen werden, daß sie sich mit ihren Angestellten schiedlich-friedlich durch eine sozialpolitisch tragbare Vereinbarung verständigen? Die Angestellten sind die Leisten die tatsächliche wirtschaftliche Schwierigkeiten gelassenlich übersehen. Sie sind nur nicht gewillt, mit sich Schuldner treiben zu lassen.

Sache des Arbeitsministers ist es, dafür zu sorgen, daß sein Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht durch die Querschnittsbereiche unter den Berliner Metallindustriellen ins Stocken gerät. Sache des Arbeitsministers ist es, gegen die geradezu frivole Art, die Arbeitslosigkeit in Berlin künstlich noch zu vermehren, vorzugehen. Dürfen denn in Deutschland die Führer der privatkapitalistischen Wirtschaft in einem Augenblick, wo durch Notverordnungen, d. h. gewalttätig, gerade den breiten Volksmassen ungeheure Opfer aufgezwungen werden, tun und treiben, was sie wollen? Genügt es, wenn sie erklären,

wir müssen die Gehälter oder die Angestellten abbauen. Was ist die Kraft der Regierung Brünning gegenüber den Berliner Metallgewaltigen? Ist die Regierung Brünning nur stark gegenüber den Kleinen, gegenüber den Arbeitslosen, den Kranken der Krankenkasse, usw., die alle Steuern zahlen, damit der Staat sich finanziell kräftigt und das Vertrauen zu ihm zurückkehrt? In Effen hat der Reichsarbeitsminister erklärt, wer in den nächsten Jahren fünf bis sieben Millionen Arbeitslose wolle der brauche nur die Nationalsozialisten und Kommunisten zu unterstützen. Unterstützt denn die Regierung Brünning nicht selbst die Nationalsozialisten und Kommunisten, wenn sie das scharfmacherische Vorgehen der Berliner Metallindustriellen duldet? Ihre eigene Presse sagt doch laut und deutlich daß die Vorgänge in der Berliner Metallindustrie auf breitere Kreise der Angestellten- und Arbeitererschaft propagierend wirken und den extremsten Parteien bei den Wahlen Massen neuer Anhänger zutreiben können.

Eine Regierung, die Dinge duldet, wie sie sich die Berliner Metallgewaltigen leisten, hat kein Recht über die Stärkung der Totengräber der Wirtschaft zu jammern. Sie tut ja selbst ihr Bestes zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Sie macht den Scharmachern im Unternehmerlager Mut, noch mehr Entlassungen vorzunehmen. Sie sabotiert die Durchführung des eigenen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Sie härt Nationalsozialisten und Kommunisten. Sie beschwört Arbeitskonflikte und Wirtschaftskämpfe. Sie wird selbst zum Totengräber der Wirtschaft.

# Der abgelehnte Preisabbau

## CCG-Artikel gegen Markenartikel

Einige Tage lang war im bürgerlichen Blätterwald ein geheimnis- und erwartungsvolles Raunen: bei wichtigen Markenartikeln sollen die Preise herabgesetzt werden, um der Preisentwertung im Einzelhandel Antriebe zu geben. Diese Preisentwertung im Einzelhandel hat jetzt, unter Führung der Markenmonopolisten ein Begründnis ersten Ranges erfahren. Duisberg, der Herr des deutschen Farbenbaus, hat dem Preisabbau-Reichsminister Brüning die feste Schulter gezeigt.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels teilt dazu mit, sie habe die Preisentwertungsfrage mit allen Spitzen- und Fachverbänden der Produktion und des Handels einschließlich des Kartellverbandes verhandelt. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wird festgestellt, daß die Preisentwertungen des letzten Jahres schon erheblich größer wären, als der Index erkennen lasse und daß weiteren Preisentwertungen die Frachterhöhung und die Erhöhung von Steuern und gewerblichen Mieten entgegenwirkt. Infolgedessen könne eine allgemeine Senkung der Preise in Lebensmitteln und Drogen für die nähere Zukunft nicht in Aussicht gestellt werden. Dazwischen stehen einige preisphilosophische Bemerkungen und am Ende der Erklärung folgt die platonische Erklärung, man sei zur Zusammenarbeit entschlossen, um eine „auf Abjagdförderung und Bedarfsdeckung der Verbraucher gerichtete Preispolitik“ zu fördern.

Wahrscheinlich ein Begründnis erster Klasse für die Preisentwertung im Einzelhandel und zugleich ein lebensgefährlicher Stoß für die wirtschaftliche Kohärenzregierung Brüning. Wie es bisher umsonst war, besitzen eine ausserordentlich große, bei Kohle, Kaffee, Zement, Papier, Textilien usw. überhaupt eine Preisentwertung durchzuführen, so bezieht jetzt Herr Duisberg für das riesenhafte Monopolgebiet der Markenartikel, daß eine Preisentwertung unterbleiben muß. Die Preise seien ja härter gefallen, als der Index zeigt. Für welche Markenartikel soll das eigentlich gelten? Selbst wenn wir die Erhöhung der gewerblichen Mieten und die Frachterhöhung vom Frühjahr berücksichtigen, müssen wir feststellen, daß die verteuerten Momente im Jahresdurchschnitt durch Verbilligung der Rohstoffe weitgemacht worden sind.

Preisstand und Lebenshaltung der Massen könnten empfindlich durch Senkung der Markenartikelpreise vom Lieferanten her und noch mehr durch Verkürzung der Handelsspanne verbessert werden. Die Massenkaufkraft würde empfindlich gestärkt, die Wirtschaftskrise durch stärkere Nachfrage auf anderen Gebieten gemildert werden; denn Markenartikel sind fast alle

Arzneien und kosmetischen Erzeugnisse, ferner Seifen, Mineralwasser, Rasierklappen, Rasiermesser, Füllfederhalter, Tinten, Gesundheitsartikel, Schokoladen, Rindermehl, Margarine, Konferven, Nahrungsmittel, Backpulver, Kaffeegeschmack, Waschmittel, Schuhputz, Farben usw. Es gibt kaum einen einzigen Artikel im Massenhaushalt, für den es nicht eine durch Monopolpreise geschützte Marke gäbe. Mit einem Drittel des gesamten Einzelhandelsumsatzes, gut 10 von 30 Milliarden Mark, ist der Umsatz von Markenwaren nicht überschätzt.

Dabei sind fast alle Markenpreise von vornherein unverhältnismäßig hochgehalten und enthalten riesige Gewinnspannen. Was muß da verdient werden, wenn zum Beispiel J. G. Farben auf ihre Arzneiprodukte 90, 120 und mehr Prozent Kleinhandelsrabatte leistet, wenn für Nivea- und Edda-Creme, für Kahlana-Lösche, Scherl-Produkte mehr als 50 Prozent, für Kaloderma, Chlorodont, Wafelol, Birkenwasser 70 und 80 Prozent und für die so riesenhafte umgekehrten Artikel wie Persil, Ala, Kathreiner Salz- und Seelig Kornzucker 41 bis 60 Prozent Kleinhandelsrabatte draufgeschlagen werden und zwar unveränderlich, bei Strafe des Boykotts eventuell sämtlicher 300 Firmen, die im Verband der Fabrikanten von Markenartikeln organisiert sind?

Wäre es etwa der Regierung Brüning unmöglich, wenn sie wollte, die Macht und Willkür dieser Kreise zu brechen? Das wäre ebenso möglich, wie das Reichswirtschaftsministerium, gestützt auf einen festen Willen des jetzigen Reichskabinetts, den Abbau der monopolistischen Rohstoffartikelpreise durch schärfere Anwendung der Kartellverordnung sofort erzwingen könnte. Um die Markenpreise zu senken, würde es vollständig genügen, bis auf weiteres und als sofortige Notmaßnahme die Preisbindung der Groß- und Kleinhandler sowie alle Reversverpflichtungen zu verbieten.

Aber dieses Kabinett darf ja überhaupt nichts tun, was volkswirtschaftlich vernünftig ist, es darf nur das tun, was privatwirtschaftlich rentabel ist — und das ist, was den Großkonzernen und Trusts in ihren Kram paßt. Der Verbraucher muß angepisst des Standals im Einzelhandel und besonders in der Markenartikelbranche zur Selbsthilfe greifen und er kann zur Selbsthilfe greifen. Er kann vor allem die Markenartikel entbehren. Der Vorzug der Markenartikel beruht ja anerkanntermaßen nicht auf Qualität, sondern auf Propaganda und Suggestion. Die Eigenproduktion der deutschen Konsum-

genossenschaften, die Hamburger Großhandelsbank, liefert Waren, die besser und billiger sind als Markenartikel. Will die Verbraucher-Selbsthilfe, will sie gegen den schamlosen Mißbrauch der Markenartikelfabrikanten vorgehen, dann soll sie sich ein für allemal zur Pflicht gebraucht CCG-Artikel! Fordert sie in vollen Konsumständen, sie billig zu haben sind.

# Arbeiter-Sport

## 3. Schlesiendes Arbeiter-Turn- und Sportfest 1930 in Breslau

Bereits- und Abteilungsleiter der Breslauer Turnvereine! Seht im Kartellbüro das gesamte Festmaterial rechnen! Wirtschaftsausschub. Seut, Mittwoch, 20 Uhr, Kartellbüro Sitzung.

### Gesellschaftsspiele im Handball

30. Juli:

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit Verein, Platz, Schiedsrichter)  
18.30: Fr. Schwimmer 1. M. — Südost 1. M.; Stadion; Göttsche  
18.30: 6. Abt. 1. M. — 1897 1. M.; Ostpark; Grabowik  
18.00: 7. Abt. 2. M. — Stern 1. M.; Weibelpark; Müller.

31. Juli:

18.30: 7. Abt. 1. M. — 5. Abt. 1. M.; Eichenpark; Schmalz

1. August:

10.00: Silesia 2. M. — Nordost 2. M.; Stadion; Grünig  
10.00: Bratislawia 1. M. — Südost 2. M.; Bittwiese; Göttsche  
15.00: 5. Abt. II — 3. d. V. II; Ostpark; Richter  
15.00: Deutsch-Villa 1. M. — 6. Abt. 2. M.; Klein-Weidau; Göttsche  
16.10: Deutsch-Villa 1. M. — 6. Abt. 1. M.; Klein-Weidau; Bergander  
10.00: 3. d. V. I — 4. Abt. 1. M.; Stadion; Reichsmeyer  
10.00: Stern 1. M. — 8. Abt. 1. M.; Sternplatz; Göttsche

9.00: Silesia 1. M. — 8. Abt. 1. M.; Stadion; Werks  
14.00: Deutsch-Villa Sportlerinnen — V. 2. Sportlerinnen; Klein-Weidau; Frenzel

9.00: 5. Abt. II — 1897 II; Ostpark; Fritsch II  
10.10: 5. Abt. I — 1897 I; Ostpark; Kerschlin

6. August:

18.30: Nordost I — 8. Abt. 1. M.; Ostpark; Sängler

7. August:

18.30: 3. d. V. I — 7. Abt. II; Stadion; Schröter  
18.30: 6. Abt. I — 7. Abt. 1. M.; Tichanich; Jung

9. August:

19.00: 6. Abt. 1. M. — 4. Abt. 1. M.; Tichanich; Klotz

### Freie Turnerschaft Breslau e. V.

2. Turnerrinnen-Abteilung. Seut ab 18 Uhr Sportbetrieb auf dem Hardenbergsplatz.

### Wassersport

Freie Schwimmer Breslau e. V. Abteilung A. Donnerstag, 20 Uhr, auf dem Bade; Vorstandssitzung.

Auf dem Wege zur Bundeswasserballmeisterschaft. Die Spiele um die Verbandsmehrfachmeisterschaft des Mitteldeutschen Regattaverbandes am kommenden Sonntag in Stakfurt steht die Regattaverbandes Regattaklub Halle (2. Kreis), Jena (5. Kreis), Weimar (4. Kreis) und Freie Schwimmer Breslau (14. Kreis) am Start.

Freie Kanu-Vereinigung. Freitag, 18 Uhr, Ostpark, Regattabahn. Regattaspiel gegen 3. d. V. Montag; Vorstandssitzung, Rannow

### Athletik

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk, 4. August, 19 Uhr, Besatzungsanstaltung bei Weisig.

Breslauer Ringkämpfer in Berlin. In dem am 26. Juli Berlin stattgefundenen Wettkampf im Ringen der Sportvereine Berlin-Tegel 1899 nahm auch die Freie Sportvereine einigung 1897-Breslau teil. Dem Ringkämpfer der 1897-Breslau gelang es nach harten Kämpfen in der 4. guten Fliegengewichtsklasse mit 4 Siegen den ersten Platz zu befehen.

### Touristenverein „Die Naturfreunde“

31. Juli: Vereinsversammlung. Ferdinand-Lafaille-Platz

### Kulturvereine

Arbeiter-Operantengruppe. 1. August, 20 Uhr; Uebungabend, Gruppenlokal. Anschließend Vorstandssitzung. 8. August, 20 Uhr; Monatsversammlung.

### Familien-Anzeigen

#### Deutscher Holzarbeiter-Verband

Am 28. Juli verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Parkettleger

### Franz Pech

im Alter von 54 Jahren  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau  
Einäscherung: Freitag, den 1. August, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbschen 2165

Die „Frauenwelt“  
den Frauen zum Lesen,  
Denken und Schauen!

# Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes.  
Preis 35 Pf. Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern

### Möbel-Käufer!

Verpassen Sie nicht, unsere Lager zu besichtigen! Nur solide und gut gearbeitete Möbel zu billigen Preisen. Prima Referenzen! Ganzjährig Lieferung per Auto frei Haus!

Möbel-Industrie Knorr & Co.  
Inh.: Reinhold Spack  
Wellenburger Str. 6

### Proletarien!

Bewusst die Interessen der Sprachlosen! Lest die Volkswacht! Die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verstanden wird!

Bei Tietz verschwinden  
Taschentücher. Wie?  
— sehen Sie morgen  
auf unserem billigen

# Taschen-tuch-Markt

Beachten Sie unser lebendes Schaufenster in der Eingangspassage von 11-1/2 Uhr und 1/2 4 bis 1/2 7 Uhr

Hohlsaum-Damontuch	Hohlsaum-Damontuch	Echt Schweizer Stickerei-Tuch	Herron-Linon-Tuch	Großes Damen-Hohlsaumtuch
Stück	mit indanthronfarbigem Occid-Rand, Stück	mit buntfarbig gestickter Ecke, Stück	mit indanthronfarbigem Zephir-Rand, Stück	mit echt Zephir-Zierband, Stück
5 Pf.	10 Pf.	15 Pf.	18 Pf.	18 Pf.

# T I E T Z

Breslau, Ohlauer Straße 71-73 • Telephon 56654

Schauspielhaus  
Tel. 36300 Tagl. 8 Uhr  
Der Weltkämpfer  
Dolly's Abenteuer  
Loni Heuser  
Ino Wimmer a. G.  
Gegen Vorweisung dieser Anzeige 50% Ermäßigung an der Theaterkasse

Bräuers Festsäle  
Gabitzstraße 22  
Heute Mittwoch:  
Der beliebte verkehrte Ball  
Der bekannte Betrieb — Die neue Kappe

Kurgarten  
Kleinburg Heute Mittwoch  
Großes Perlen-Kinderfest  
Trachtenzüge mit Luftschiff „Zoppelin“ u. Dampfer „Brand“ Kasperltheater, Fallonausflug, Kinderspiele u. a.  
Eintritt für Kinder 10 Pfennige.  
Erwachsene frei. Im Saale ab 8 Uhr  
Verkehrter Ball

Theodor Stolle's Gesellschaftshaus  
Breslau-Gräbischen Fernsprecher 30  
Morgen Donnerstag:  
Gr. Doppel-Konzert  
Kavallerie- und Streich-Musik  
Kinder-Freudensfest  
u. a.: Umzug der Kinder in Kostüm-Kolonnen, unter Mitwirkung der Kapelle, Kasperl-Theater etc., Gesangsvereine  
Eintritt: Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf.  
Ab 19 Uhr: Elsbene eigener Vortrag  
Ab 20 Uhr: Gesellschaftsspiel



## Was ist Frenzel?

ndlich, nach schwerem Kampf seiner Rechtsanwälte mit gerichtlichen Instanzen, ist Amtsvorsteher Frenzel von dem in einem aufsehenerregenden Prozeß wegen Blutschuld, angeblich begangen an seinen minderjährigen Töchtern, im Jahre 1928 verurteilt worden, aus der Haft entlassen zu werden. In weitesten Kreisen hat man den Spruch der Richter als ein Fehlurteil an Frenzel selbst betrachtet bis zum letzten Augenblick, als er seine Unschuld und behauptete, ein Opfer der Intrigen geworden zu sein, die besonders der Familie gegen ihn gesponnen habe, weil er „religiös genug“ gewesen sei. Sicherlich hat das Pfarreramt in der traurigen Angelegenheit eine recht fragwürdige Rolle gespielt. Der Schuldspruch des Potsdamer Gerichts, gefällt im Angesicht der für den Angeklagten von vornherein als gefährlich war, führt sich hauptsächlich auf die Taten der zweiten Tochter Frenzels, deren Lügenhaftigkeit und psychopathisches Wesen fast alle Sachverständigen betonen, sowie auf das Gutachten des jungen Berliner Psychiatren, des wissenschaftlichen Kronzeugen der Staatsanwaltschaft, dessen Sachverständigenurteil in diesem Gegenstand zu den Gutachten anderer Wissenschaftler stand.

Wegen einer Hypothek auf sein Bornimer Grundstück in Höhe von 100000 Mark wurde Amtsvorsteher Frenzel jetzt auf freien Fuß gesetzt. In Bornim nahm man an, daß er nach Hause zurückkehren würde, und erwartete fieberhaft die Ankunft des schwerkranken Mannes, dem man allerorts große Sympathien entgegenbringt. Aber

### wo ist Amtsvorsteher Frenzel?

Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Brandt, der ihn am Dienstag in seinem Büro in der Tauentzienstraße zu einer ersten Besprechung der für die Berufungsverhandlung zu erwartenden Schritte erwartet hatte, teilt mit, daß Frenzel merkwürdigerweise nicht erschienen sei. Auch seine Familie weiß nicht, wo er sich aufhält. Frau Frenzel ist einigermaßen nervös, man nimmt vorläufig an, daß sich der Amtsvorsteher, die Kinder und ihren peinlichen Fragen zu entgehen, unter falschen Namen in einem Berliner Hotel einquartiert hat, was jedoch auch mit der Möglichkeit rechnen, daß er sich am Ende seiner Nervenzentren befindet und in den Tagen in seiner Gefängniszelle Todesangst erlitten, in Ausbruch wilder Verzweiflung

### Hand an sich gelegt

Die Tragödie Frenzels wäre dann vollständig und der Amtsvorsteher von vornherein physisch ein Opfer jenes fiktiven Willens, das die Moral vorgibt, nur um keinen wunderlich vertrieben folgen zu können. Sollte, was warn zu hoffen ist, Frenzel nur verdrückt sein, um sich in aller Ruhe zu können, so soll die Berufungsverhandlung in Blutighande-Prozeß in der ersten Septemberhälfte stattfinden. Eine objektive, sachlich überlegene Verhandlungsführung um schließlich den Beweis erbringen, daß der Spruch der Instanz im Fall Frenzel einen „Justizmord“ darstellt, wie typischer und inhumaner nicht werden kann.

## Großfeuer bei Bromberg

dem Dorfe Gollantich in der Nähe von Bromberg 23 Häuser durch ein großes Schadenfeuer eingeebnet. Polizeibeamte fanden, nachdem sie einige Kinder gerettet unter den Trümmern des zusammenbrechenden Hauses den Feuerwehrmann jagte sich eine so schwere Rauchvergiftung er ihr kurz darauf erlag.

## Nach 26 Europafieger unterwegs

den letzten gestern abend vorliegenden Meldungen hat sich noch 26 Teilnehmer des Europarundfluges im Wettrennen befinden, die in Spanien liegenden Maschinen einige weitere beschädigte Apparate in den näher am Ende der Clappen auscheiden dürften. Von Berlin aus in den einzelnen Clappen gesehen, war die Lage am Abend etwa folgende: In Schiefelbein in Pommern lag die Pilot Michale mit Propellerbruch; in Gubben in Pommern: Freiherr von Frenberg, von Köppen, von Siebel, Dr. King, Böhning und die Polen Wiedowski; in Königsberg beherbergt: Spengler, Benz; in Warchau und Woien befanden sich die Polen und Gedgowd; in Breslau lagen: Gothe und der Herr Perroz; in Wien: Stein (Propellerbruch), der Polier (bei Wien notgelandet); in München: Kollp; in Nimes: Duzinski (Polen); zwischen Nimes

und Lyon: von Grabenreuth; in Barcelona: Muslemili (Polen); in Saragozza: Zwirko (Polen); in Madrid: Mans (Belgien), Cornez (Frankreich), de Mac Mahon (Frankreich), Delinski (Polen); in Sevilla: Freiherr von Dungen.

### Der Grönlandflug

Die deutschen Flieger Firth und Weller sind am Dienstag in Kaldadarnes an der Südküste von Island gelandet und haben damit die erste See-Station glücklich zurückgelegt. Von Island werden die Flieger nach Grönland starten, und von dort hoffen sie, schon in den nächsten Tagen bei Labrador das amerikanische Festland zu erreichen.

### Ozeanflug des „R 100“

Das englische Luftschiff „R 100“ ist am Dienstag morgen mit einer Besatzung von 37 Mann und sieben englischen Luftschiffverständigen als Passagiere zum Ozeanflug nach Kanada gestartet. Die Fahrt geht über Island und den Atlantischen Ozean nach Nord-Neufundland und von dort den St. Lorenzstrom hinauf nach Montreal. Es wird mit einer Fahrtdauer von drei Tagen gerechnet. Die englische Presse weist darauf hin, daß „R 100“ das schnellste Luftschiff der Welt sei, da es bei Versuchen eine Geschwindigkeit von rund 130 Kilometern in der Stunde erreicht habe.

Das englische Luftschiff „R 100“ hat nach 24stündiger Fahrt erst ein Viertel des Weges zurückgelegt. Die von ihm erwartete Geschwindigkeit ist bisher nicht erreicht worden.

### Festnahme eines Betrügers

Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete am Dienstag den 32jährigen Kaufmann Friedrich Arenstein, der zahlreiche deutsche Firmen durch betrügerische Geschäftsgründungen um etwa 100 000 Mark geschädigt hat. Am Mai des vorigen Jahres war Arenstein aus Wien nach Berlin gekommen und hatte in Charlottenburg ein Engros-Geschäft eröffnet. Anfangs wurde er sich durch prompte Bezahlung seiner bei verschiedenen Großhändlern gemachten Bestellungen einen guten Ruf zu erwerben. Allmählich erhöhten sich jedoch die Summen seiner Aufträge; er blieb seinen Lieferanten das Geld schuldig. Als die Geschädigten bei Arenstein vorstellig werden wollten, hatte die Firma ihren Sitz bereits aufgegeben. Arenstein selbst war verschwunden. Eine Hamburger Firma ist durch Arenstein um annähernd 55 000 Mark geschädigt worden. Nachdem der Betrüger längere Zeit vermisst geblieben war, tauchte vor kurzem im Westen Berlins ein Lebensmittelgroßhändler auf, der sich Ernst Silberstein nannte und ein prunkvolles Büro eingerichtet hatte. Die Kriminalpolizei hielt bald fest, daß Silberstein mit Arenstein identisch war. Arenstein wurde verhaftet und sein Betrieb geschlossen. Es wird angenommen, daß er auch durch sein neues Unternehmen große Verwirrungen verübt hat.

### Zehn blinde Passagiere

Bei der Einfahrt in den französischen Hafen Bayonne übergab der Kapitän des dänischen Dampfers „Britta“ der Polizei zehn Marokkaner, die nach 70stündiger Fahrt als blinde Passagiere entdeckt worden waren. Die Marokkaner behaupten, in der marokkanischen Hafenstadt Calablanca von einer Persönlichkeit, die zu nennen sie sich weigern, gegen eine Vergütung von 200 Franken heimlich an Bord gebracht worden zu sein.

### Betrügerischer Bankdirektor

In Turin wurde der Bankier Paolo Pedrotti, der Untersuchungen in der Höhe von 1 300 000 Lire zum Schaden des in Konkurs geratenen Credito Regionale Figure in Genua begangen hat, verhaftet. Die Verhaftung erregt großes Aufsehen, da Pedrotti auch der Direktion der für die italienische Landwirtschaft maßgebenden Banca Agricola Italiana angehört.

### Opfer der Wellen

Am Dienstag mittag kenterte bei Kappel (Schleswig-Holstein) auf der Schlei ein mit vier Personen besetztes Segelboot. Drei Insassen ertranken, und zwar eine Frau Martha Schulz, Dortmund, eine Frau Erna Niemann-Dortmund und ein Adolf Rattjen, dessen Wohnort unbekannt ist.

### Urteil im Niendorfer-Prozeß

In dem Prozeß gegen mehrere Niendorfer Bauern, die wegen Widerstandes gegen Volkshilfsbeamte angeklagt waren, wurden, wie aus Stade gemeldet wird, der Bäcker Tiedemann und der Landwirt Katmann wegen Beamtennötigung zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen alle wegen Aufruhres eine Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis beantragt.

## Der Umfang der Erdbebenkatastrophe

Ein nach Neapel entsandter Sondertorrespondent des „Daily Herald“ berichtet schreckliche Einzelheiten über die süditalienische Erdbebenkatastrophe. Entgegen der von der italienischen Regierung offiziell angegebenen Totenziffer von 2200 schätzt der Berichterstatter die Zahl der ums Leben gekommenen Menschen auf 15 000. Das sei das Ergebnis seiner sorgfältigen Beobachtungen und Berechnungen während seiner Reise durch die zerstörten Gegenden. Auf die Frage des Berichterstatters, wie die italienische Regierung zu ihren Zahlen gekommen sei, habe ein Beamter erklärt, man habe bis jetzt nur die geborgenen Leichen notiert. Ohne Furcht, widerlegt zu werden, so heißt es in dem Bericht des Korrespondenten des „Daily Herald“, könne er feststellen: Bieleicht 60 bis 70 Prozent der Toten lagen noch unter den Trümmern, 500 Städte und Gemeinden seien zerstört. In Aquilonia habe er 300 Überlebende von einer Bevölkerung von 3 500 Menschen gefunden. In Paconia mit 8044 Einwohnern sei die Hälfte umgekommen.

### Der verschwundene Kaffeehauspage

Der 15 Jahre alte Herbert Trunk, der im Admiral-Café am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin als Page angestellt war, ist unter sensationellen Umständen verschwunden. Altem Ansehen nach ist er von einem Schweizer Flugzeugführer namens Julian Jaquet entführt worden. Vor drei Wochen hatte Trunk zum ersten Male von seiner Bekanntschaft mit Jaquet erzählt und später mitgeteilt, daß der Pilot versucht hatte, ihn zur Teilnahme an einer großen Auslandsreise zu überreden. Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß Jaquet Schweizer Staatsangehöriger und ein gewerbsmäßiger Betrüger ist. In Berlin hat er sein Hotelzimmer im Zentrum der Stadt verlassen, ohne seine Rechnung bezahlt zu haben.

Inzwischen wird gemeldet, daß der seit einigen Tagen verschwundene Page eines großen Berliner Café-Hauses von der Polizei am Dienstag in der Berliner Eisenacher Straße entdeckt worden ist. Der angebliche Flieger hat den leichtgläubigen Jungen sitzen lassen und sich aus dem Staube gemacht.

### Raubüberfall auf einen Dreifachhauffeur

Auf der Landstraße zwischen Pürjensee und Großensee gaben zwei Insassen eines Autos, die von Hamburg gekommen waren, auf den Chauffeur der Dreifach zwei Schüsse ab und raubten ihn aus. Als der Überfallene den Führer eines vorbeifahrenden Autos von dem Vorfall verständigte, bedrohten die beiden Verbrecher, die sich in ein nahes Gehölz geschüchelt hatten, auch den Führer des zweiten Autos. Einer der Täter, ein 34jähriger Führer Fritz Claas aus Hagen in Westfalen, konnte im Moor bei Pürjensee festgenommen werden. Nach dem zweiten Täter wird noch gefahndet.

Am Dienstag abend gelang es auch, den zweiten der beiden Räuber festzunehmen und in das Altonaer Polizeigefängnis zu überführen. Der Täter ist der frühere Kraftwagenführer Wilhelm Martens, der als gefährlicher Bandit bekannt und schon mit Zuchthaus verurteilt ist. Er hatte offenbar mit seinem Komplizen die Absicht, den niedergelassenen Chauffeur auszurauben, sich seines Wagens zu bemächtigen und dann mit Hilfe des Automobils weitere Verbrechen zu begehen.

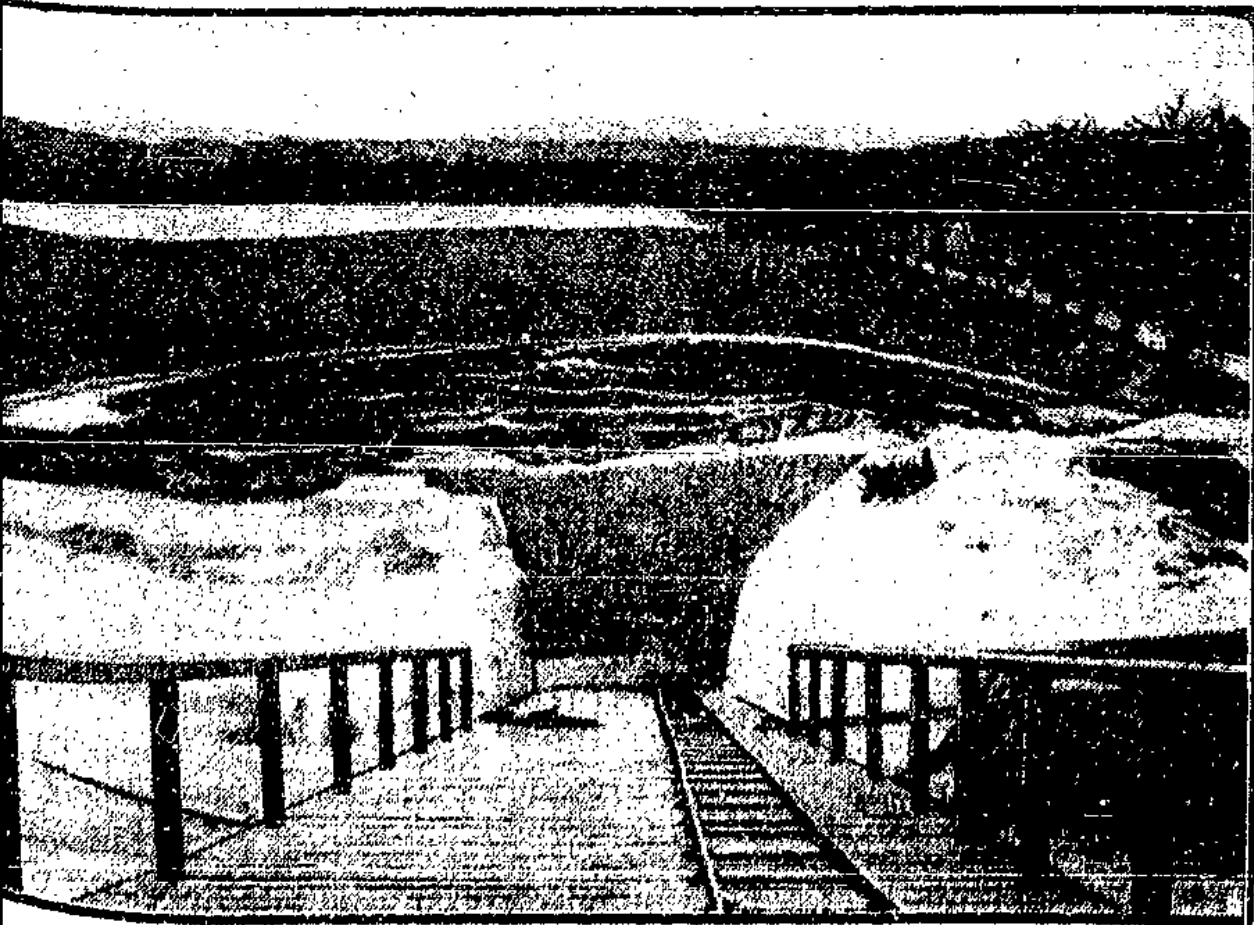
### Glücksspielrozaria in Warnemünde

Auf Anweisung der Staatsanwaltschaft Rostock hat die medlenburgische Landesstrafpolizei nachts um 11 Uhr durch zahlreiche Kriminalbeamte das Spiel im Saal des Kurhauses unterbrechen lassen. Die Ruzgäste wurden aus dem Spielraum verwiesen, die Räume geprügelt, die Spielgeräte beschlagnahmt. Die Gelder der Spielkasse, die wegen des regnerischen Wetters stark gefüllt war, wurden von der Polizei sichergestellt und die Namen der Ruzgäste, die an dem Glücksspiel teilgenommen hatten, notiert. Angeblich soll es sich um ein zugelassenes Glücksspielspiel gehandelt haben.

### Not treibt in den Tod

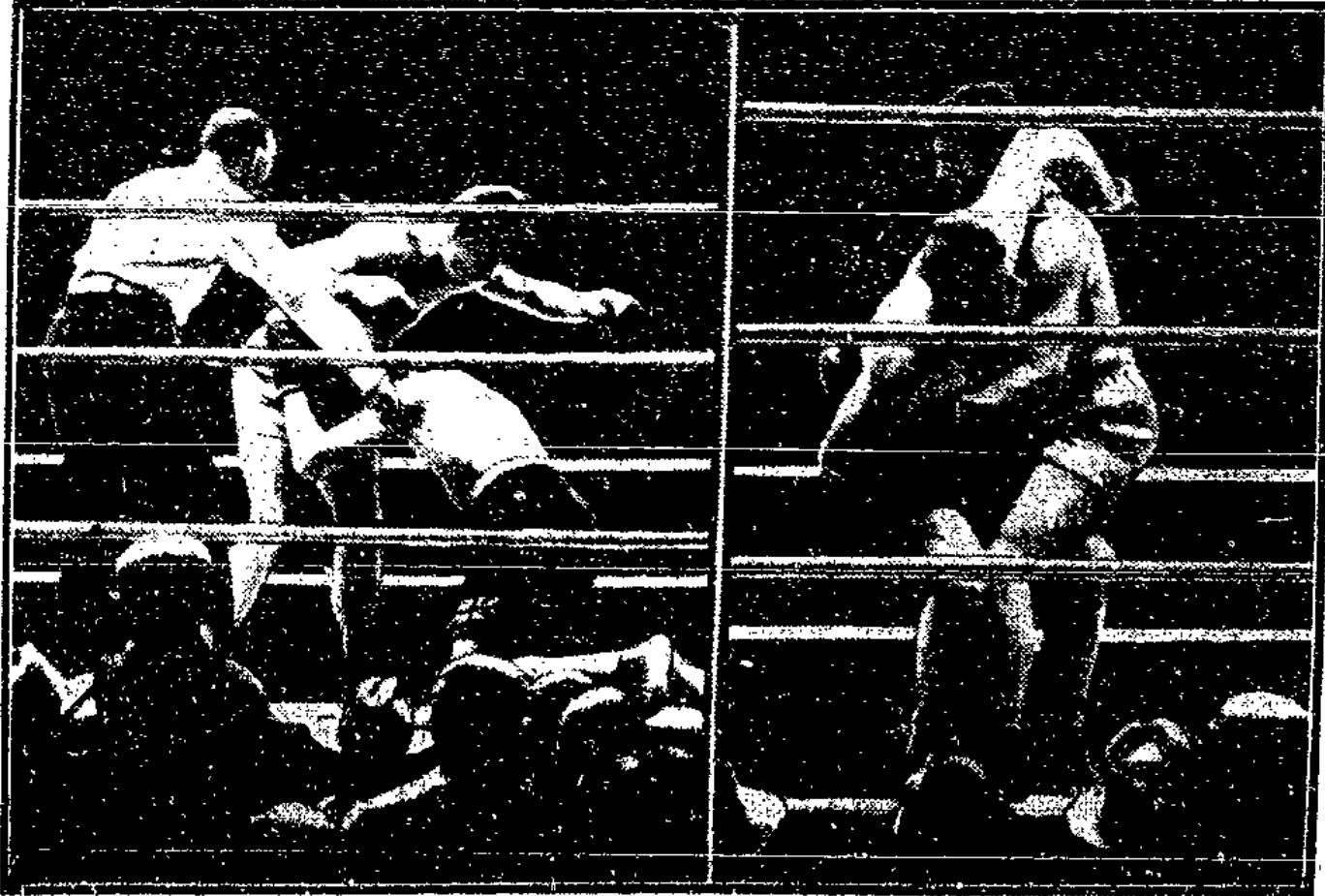
Die Familie des Gastwirtes Struß in Calbe a. S. wurde in ihrer Wohnung aufgefunden. Türen und Fenster waren abgedichtet und die Gashähne geöffnet. Es handelt sich um den Pächter des Gasthofes zum „Goldenen Stern“, seine Ehefrau, seine 15jährige Schwester und zwei noch nicht erwachsene Kinder. Der Entschluß, aus dem Leben zu scheiden, ist auf wirtschaftliche Schwierigkeiten zurückzuführen.

## Ein neues riesiges Raolinlager in Schlesien



Das im vergangenen Jahre bei Kengersdorf unweit Görlitz entdeckt wurde, verspricht nach den neueren Schätzungen eine außerordentlich fruchtige Ausbeute. Das Raolin (Vorzellanerde) ist hier von einer besonders guten Beschaffenheit und wird auf ein Vorkommen von fünf Millionen Kubikmetern geschätzt. Bisher wird täglich bis zu 120 Tonnen verladen.

## Vom Boxkampf Young Stribling — Phil Scott



der — am 28. Juli in London ausgetragen — mit dem überraschend schnellen und leichten Siege des Amerikaners über den englischen Landmeister endete. — Rechts: die beiden Gegner im Clinch. — Links: Scott liegt nach dem entscheidenden Schlag meschel auf den Knien und wird ausgehüllt. (Scott: dunkle Hose)

# Wir zahlen keine Steuern mehr

## Wir wollen uns nicht fürchten vor der Polizei, das Volk muß die Gewalt an sich nehmen — sagen die „Bauern“ im Kreise Trebnitz

„Notgemeinschäften“ sind in Schlesien an der Tagesordnung. Überall bilden sie sich und erklären, daß es so nicht weiter gehe. Dabei wird nicht etwa der Kapitalismus angegriffen, dessen Wirtschaftsanarchie es zulezt, doch Überfluß an Produkten einhergeht mit dem Hunger der Freigelegten. Nein, „das System“, d. h. die Demokratie, die dem Erwerbslosen politisch das gleiche zuerkennt wie dem Fabrikherrn, dem Rittergutsbesitzer wie dem kleinen Häusler. Nicht die Not der Bedrückten wird gefordert zu einer Anlage gegen eine Gesellschaftsordnung, die Korn verkaufen läßt, während Tausende hungern und in entsetzender erzwungener Untätigkeit verkommen, nein die Not des proletarisierten Mittelstandes wird benutzt, zu politischer Falschmünzerei. Die Grafen und Barone, oder in ihrer Vertretung „bürgerliche“ Rittergutsbesitzer, denen die Gesundheitsordnung abgeht, die wieder einmal richtig Bauernlegen möchten. Die glauben ein Erbrecht auf standesgemäße Bäderreisen zu haben, sie mißbrauchen die dumpfe, begriffslose Abneigung des Landvolkes gegen die Stadt, den ständischen Hochmut einer in der kapitalistischen Entwicklung erkrankungslos proletarisierenden Mittelschicht, um sich Rekruten für den eigenen Interessentkampf zu besorgen.

So ungefähr sah auch die Volkstunde, die am Sonntag in Trebnitz stattfand und von der folgende Meldung verbreitet wird:

Aus allen Teilen des Kreises kamen die Massen herbeigeeilt, um ihren Willen kundzutun, nachdem alle Notrufe und Entschuldigungen ungehört verhallt waren. Rittergutsbesitzer Vah-Neßlich-Sammer wies auf die große Not der Landwirtschaft und Gewerbetreibenden hin. Vor vollen Scheuern sei bereits heute schon der Landwirt bankrott. Wo sei die Hilfe geblieben? Der Regierungspräsident von Liegnitz habe bei der Bereinigung des Notgebietes erklärt, daß aus der Substanz keine Steuern mehr gezahlt werden dürften und daß Forderungen zu vermeiden seien. Ein Gleiches fordere man im Kreise Trebnitz. Einmütigkeit herrsche in Stadt und Land, daß Steuern aus der Substanz nicht mehr gefaßt zu lassen. Was nützen Demonstrationen und Re-

solutionen? Handeln sei die Hauptsache! Die warnende Stimme habe man nicht gehört. Wenn das so weiter gehe, treibe man den Osten bewußt dem Bauernaufstand entgegen. Was jetzt komme, sei der Kampf um Scholle und Ehre. Die Hauptrolle sei jetzt für die Reichsvollzieher. Das Finanzamt solle doch einmal sein Augenmerk auf die Einkünfte dieser Herren richten. Zuerst müßten die Arbeiter und Handwerker begahrt werden. Aus der Substanz gehe im Kreise Trebnitz kein Mensch mehr!

Die Verammlung erhob sich spontan von den Plätzen und hob die Hände zum Schwur, daß dem so sein solle, während der Redner den Rästschwur, der historischen Legende nach bekanntlich der Schwur der Eidgenossen der schweizerischen Urkantone in ihrem Kampf gegen die feudale Bedrückung der Habsburger, (Red.) vorbrach: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr, wir wollen frei sein, wie die Väter waren, ehe den Tod, als in der Knechtschaft leben. Wir wollen trauen auf den höchsten Gott.“ Der Schluß des Schwures aber lautete: „und uns nicht fürchten vor der Macht der Polizei.“ (Tolender Beifall.)

In der Aussprache ergriff u. a. Rittmeister a. D. Paul Jantzdorf das Wort, der über den Kampf der Bauern in Ostpreußen, Holstein, Hannover und Schlesien berichtete. Das Volk müsse seine feige Angst ablegen und die Gewalt an sich nehmen, sage doch schon die Verfassung, „alle Gewalt geht vom Volke aus.“ Der Reichstag werde nichts an Deutschlands Schicksal ändern, das nach jeder Wahl nur sanktionierte werde. Das Volk solle nicht gezwungen sein, die Herrschaft dieses Systems noch länger anzuerkennen, wenn auch der Weg zur Freiheit durch die Gefängnisse führe.

Ruhe und Ordnung, Respekt vor der Autorität des Staates, das sind ja die allgemeinen Lösungsworte des Bürgertums und seiner politischen Parteien. Wir sind sehr neugierig, ob diese nackte Aufforderung zum Steuerstreik und Widerstand gegen die Staatsgewalt bzw. zur Forderung der deutschen Verfassung unter Anwendung von Gewalt dieselben Folgen nach sich ziehen wird, wie die gemeinhin bei Proletariern, die irgendeinem Phrasengebümmel kommunistischer Marxstreiter aufgefressen sind, einzutreten pflegen.

# 17,4 Millionen Mk.

## gaben die schlesischen Kommunen einmütig, über eine Million geben sie laufend für die Reichswehr aus

Wir haben uns an dieser Stelle schon des öfteren mit der Frage beschäftigt, wie eigentlich die Gemeindeverwaltungen mancher Städte Schlesiens so überaus hohe Lasten zugunsten einer Institution auf sich nehmen, die einen vom Reichstag zu genehmigenden, keineswegs präzis dotierten Haushaltsplan aufweist, wie also praktisch diese Institution, nämlich die Reichswehr, außerhalb ihres ordentlichen Etats Zuwendungen nicht unbedeutlicher Höhe aus Mitteln der Allgemeinheit erhalte, deren Kontrolle der Allgemeinheit wirksam nicht mehr möglich ist. Es handelt sich hier um eine alte Tradition der kaiserlichen Ära, Gewohnheitsmäßig übernahmen es damals die Kommunen, denen steuerlich weniger Lasten überbürdet und größere Einnahmefähigkeiten erschlossen waren, die Baukosten oder Exerzierplätze bereit zu stellen. Das hat sich fortgesetzt. Obwohl die Reichswehr staatsrechtlich mit dem alten Heer nicht vergleichbar werden kann, denn damals war das Heer unbeschadet des Budgetrechtes im Reichstag eine dem Parlament weit übergeordnete gesellschaftliche Macht, die schimmernde Wehr des uns von Gottes Gnaden beschernten Monarchen; während die Reichswehr heute Volksorgan der vom Volke ausgeübten Staatsgewalt sein und viel aufsichtlicher der Kontrolle des Parlamentes unterliegen soll, hat sich diese Gewohnheit bis heute fortgesetzt. Obwohl die Kommunen anerkanntermaßen stark belastet, wenn nicht überlastet sind, obwohl ihre Steuerhöhe weitestgehend eingeschränkt, ihre Pflichtaufgaben wesentlich erweitert wurden, hat man vielfach, ohne irgendwie darüber zu diskutieren, weiterhin erhebliche Kosten zugunsten der Reichswehr übernommen.

Da nun aber die Reichswehr nur 100 000 Köpfe zählt, also nach menschlichem Ermessen weniger Raum, Unterkunft und Exerzierplätze benötigen müßte wie das stehende Heer des alten Staates, müßte an betriebligen Dingen auch dann kein Mangel sein, wenn man in Rechnung stellt, daß der zu zwölf Jahren verpflichtete, wenn auch praktisch meistens kürzer dienende Soldat der Reichswehr natürlich anders untergebracht werden muß wie das „Rekrutenmaterial“ des stehenden Heeres. Wenn trotzdem von den Kommunen erhebliche Aufwendungen gemacht werden, so liegt es meist daran, daß unorganisiert, verlegt und verkehrt wird, daß es nur so eine wahre Lust ist. Grund „militärische Erfordernisse.“ Davon versteht der Zivilist bekanntlich nichts; er hat also das Maul zu halten, hält es auch meistens und zahlt in Form größerer Aufwendungen aus kommunalen Mitteln. Wir haben uns (siehe Volkswacht 20. 11. 1928 und 6. 2. 1929) hiesmit vor allem deshalb befaßt, weil die Garnisonverlegungen in jener Zeit ganz offensichtlich zu dem Zwecke angekündigt wurden, die Städte, denen Garnisonen entzogen werden sollte, zu größeren Leistungen heranzubekommen. Das ist auch in nicht unbedeutlichem Umfange gelungen. Für manche weit abgelegenen Orte wie Müllitz und Ranslau bedeutete vornehmlich bei agrarischer Umgebung die Wegzählung sonderbarer Konventionen natürlich wirtschaftliche Nachteile, für manche Gemeinden aber war es auch Ehrensache, war es der verdrängte Militarismus des deutschen Spielers der hier zum Ausbruch kam, und sich bewilligungsfreudig über alle Hindernisse hinwegsetzte, nur um das Abzugsabkommen in den eigenen Mauern zu beherbergen. Aber auch dort, wo wirtschaftliche Ermwägungen mit einem gewissen Ansehen, zum mindesten rechtlicher Berechtigung geltend gemacht wurde, war der Bewilligungseifer bürgerlicher Stadtverordnetenmehrheiten und Magistrats, grenzenlos, zumeist außerhalb jedes Verhältnisses zu dem Verzeir usw. der an sich ja sehr kleinen militärischen Belegungen.

Eine sozialdemokratische Umfrage im Landtage hat nun dankenswerterweise den Erfolg gehabt, daß man einmal amtlich nachforschte, was ziffernmäßig von den Kommunen der bekanntlich notleidenden Ostens auf diese Weise dem Reichswehretat zuzuführen zugelassen wurde. Das Ergebnis übersteigt alle Erwartungen und zeigt für die Städte der beiden schlesischen Provinzen folgendes, geradezu erschütterndes Bild:

Ort	einmalige Ausgaben		jährliche Ausgaben	
	Mk.	Stk.	Mk.	Stk.
Brieg	112 000	1 000 000	7 600	—
Wahlsitz	1 000 000	—	—	—
Ranslau	1 000 000	—	—	—
Dels	750 000	—	85 000	—
Wobslau	125 821	—	4 000	—
Schwetznitz	2 421 172	—	18 116	—
Glogau	662 316	—	47 555	—
Wilsdorf	122 822	—	14 500	—

Liegnitz	586 620	40 023
Lüben	27 333	5 544
Sagan	2 700 000	171 000
Sprottau	1 800 000	147 100
Görlitz	—	—
Oppeln	1 400 000	150 000
Reiße	2 260 000	260 000
Neustadt	2 600 000	17 000
Insgesamt	17 427 895	1 009 091

Ein Kommentar zu diesen Ziffern ist wohl kaum nötig. Das Land halt — und nicht erst seit gestern — wider von „Kostschreien“ aller Art, die Regierung der höchsten bürgerlichen Finanzkunst droffelt mit ihren raffinierten Kopfssteuerdiktaten die Einnahmequellen der Kommunen weiterhin, bürdet ihnen mit dem Ausbau der Erwerbslosenversicherung weitere Lasten auf, für Ausgeleierte muß überall ein harter Kampf gekämpft werden, damit sie nicht dem fürchterlichsten Elend preisgegeben werden; ja in Dels hat man bekanntlich einem Mann, der nicht nur für sich zu sorgen hatte, schon großmütig ein Mittagessen pro Tag angeboten für die Reichswehr aber, die das teuerste Heer der Welt ist, verpulvern die schlesischen Städte 17 Millionen Reichsmark, übernehmen sie über eine Million Mark laufende Kosten.

Interessant ist auch, daß diese Ziffern, wie wir auf Grund unserer umfangreichen Unterlagen feststellen konnten, erheblich das übersteigen, was sonst in Erfahrung zu bringen bzw. den einzelnen Stadtverordneten der fraglichen Städte bekannt war. Durch die Verzerung in verschiedene Aufwendungen in verschiedenen Städten wird erreicht, daß jede Uebersicht verloren geht, diese ungeheuren Summen daher bei den Beratungen des Wehretats möglichst gar nicht in Rechnung gestellt werden.

Das ist bürgerliche Politik, Politik der „Staats-“ und sonstigen Parteien, die — einschließlich des allerchristlichsten Zentrums — Kanonen- und Kasernenhofdrill für nötig halten, wie die Versorgung der Opfer kapitalistischer Wirtschaftsanarchie. Wer hierfür ist, der braucht am 14. September nur eine aus der bunten Reihe der bürgerlichen Parteien wählen.

### Tod nach einem gestohlenen Auto

Am Sonntag bewachte Wachtmeister Schwan auf dem Marktplatz in Neulitz a. D. ein Auto mit einer als gestohlen gemeldeten Nummer. Er folgte dem Wagen mit einem Motorrad und wollte ihn anhalten. Dieser versuchte nun, den Beamten umzufahren und das Weite zu suchen, wurde aber an der Oberbrücke eingeklemmt, wo Schwan den Chauffeur mit vorgehaltenem Revolver zum Halten zwang. Der Wagen ist in Berlin gestohlen worden; der angehaltene Führer, ein der Polizei bereits bekannter junger Mann aus Glogau, behauptet, ihn von — seiner Freundin geschickt bekommen zu haben.

### Tischstoben in der Weile

Die Wasserverhältnisse in der Weile waren schon wiederholt Gegenstand von Klagen und zuletzt einer Beschäftigungsbekanntmachung des Wasseramtsinspektors und der Regierung in Breslau. Häufigen und verantwortungslos Angeleg lassen verfallene und fließende Weiler in die Weile fließen. Das führte zu Widerstand an einem großen Tischstoben, welches Sonntag bereits einsetzte und Montag seinen Höhepunkt erreichte. Die Weiler stoben tot zu Hunderten die Weile abwärts. Man hat heute bis 50 Zentimeter Länge und Weite die Weile ein Stück weiter tot ans Ufer getrieben. Tausende von kleineren Fischen lagen zappelnd und nach Luft schnappend am Ufer. Ein großer Teil derselben wurde von Anwohnern in seltsames Wasser gebracht, in dem sich die Tiere bald wieder erholten. Die die Weiler durch entstandene Lücke in dem Fischbestande wieder aufgefüllt sein wird, können Jahre vergehen.

Arbeit unseren Männern und Söhnen!  
Licht und Freude unseren Kindern!  
Ausbau der Sozialversicherung!  
Kampf dem Faschismus!  
Krieg dem Kriege!

### Für diese Forderungen

demonstrieren die mittelschlesischen Frauen am 7. September 1930 auf dem „Mittelschlesischen Sozialistischen Frauentag.“  
Alle Frauen müssen sich an diesem Tage beteiligen!

**Liegnitz.** Siegeszug des Arenhauses. Haus der Deutschen Bank am Kleinen Ring ist von der Arbeitergesellschaft für Einheitspreise, erworben worden. Wird hier eine Zweigniederlassung errichten. Mit dem Grundstücks zu einem Warenhaus ist bereits begonnen. Er soll bereits bis Oktober beendet werden.

**Annau.** Mutige Lebensretterin. Von der schaft eines Breslauer Betriebes, die einen Ausflug nach Schlesiens unternehmen hatte, stürzte ein Teilnehmer, 40-jährige Expeditor Lindhorst, bei der Benutzung des Steges zur Talperrnenmauer, die mehrere Meter hohe Böschung hinab. Die dort wachhabende Rettungsgesellschaft unternahm sofort einen Rettungsversuch. Einem Fräulein gelang es bald, den bereits benimmungslosen Bergungsliebhaber. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

**Reiße.** Tod beim Radfahren. Die im Frühjahr etwas unsichere landwirtschaftliche Gehilfin Martha Schwan, 30 Jahre alt, mit ihrem Rade auf dem Wege nach Klein-Wartke in Frau hinein. Beide kamen zu Fall. Während die Frau dem Schrecken davonkam, stürzte die Schwan so unglücklich sie mit dem Kopf auf einen Straßenstein fiel. An dem eines Schädelbruchs und einer Gehirnerschütterung ist Krankenhaus gestorben.

**Geis.** Vergiftung durch Tollkirschen. Nächtliche Krankenhaus wurden zwei Mädchen, die Tollkirschen gegessen hatten, mit schweren Vergiftungserscheinungen geliefert. Man hofft, sie retten zu können.

### Aus der Umgebung

**Wilsdorf.** Gemeindevorstellung. In letzten Gemeindevorstellung wurde beschlossen, daß der des Freizeitspatz in Wilsdorf, ihm eine 100 Quadratmeter Fläche auf dem Gemeindegelände, zur Errichtung eines Kinderspielfeldes, genehmigt wird. In seiner jetzigen Gestalt verbietet der Hauswirt, Landwirt Bayung, den Kunden des Ladens des Spielfeldes, so daß U. in seinem Beruf schwer gelitten und einen besonderen Laden bauen muß. Dem ausgeschiedenen Arbeiter K. soll außer der Wohlfahrtsunterstützung noch eine Miete von monatlich 13 Mark von der Gemeinde erhalten werden, weil derselbe sonst mit seinen 5 Kindern aus Wohnung gewiesen und evtl. in eine Scheune gestellt wird. Den Ausgeleierte K. mit 5 Kindern wird 40 Mark, nach 3 Kindern 32 Mark und 2 mit 2 Kindern 24 Mark monatlich bewilligt. Als die vier Sozialdemokraten in der Gemeindevorstellung damit nicht einverstanden waren, kam es zu einer heftigen Debatte, die noch gesteigert wurde, als der Gemeindevorsteher Wilsdorf äußerte, „es wären immer dieselben Stempel gingen, und wenn man arbeiten wolle, so bekommt Arbeit in der Landwirtschaft.“ Auf die gebührende Entgegnung des Genossen Schwabauer, daß die Erwerbslosen zu faul seien es zu erregtem Wortwechsel, worauf drei Bürgerliche Sitzungszimmer verließen. Es soll für die Wohlfahrtsleistungen die Fürsorge- und Pflichtarbeit eingeführt werden, zwar in der Weise, daß dieselben zu Wegeausbesserungen herangezogen werden und die Wohlfahrtsunterstützung abgemindert, wofür die Stunde 70 Pf. gerechnet wird.

**Reiße-Petersdorf.** Aus der Partei. Hier sprach Sonnabend Genosse Junke-Breslau über das „Kampf dem Bürgerblut?“ in unserer Mitgliederzeitschrift. Am Schluß seiner Rede forderte der Referent die Partei am 7. September bei dem Frauentag in Breslau recht zahlreich zu erscheinen. — Alsdann erledigte die Verammlung verschiedene geschäftliche Angelegenheiten; u. a. wurde für nächsten Sonntag ein Kinderfest beschlossen. Die Ortsgruppe trifft sich um 15 Uhr am Bahnhof Oswitz zum Umzug durchs Dorf.

**Sozialdemokratische Partei**  
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt  
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 17  
Telephon 59060, 59061  
Geöffnet von 8-12 und 4-6 Uhr

**Achtung, Ortsgruppenführer!**  
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt

Die pflüchtige Ausschreibung der Reichstagswahlen am 14. September 1930 bringen es mit sich, daß für den Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt eine

**Unterbezirkskonferenz**  
stattfindet. Wir berufen dieselbe für Sonntag, den 8. September, vormittags 9 Uhr, in Zimmer 12/14 des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, ein.

**Tagesordnung:** 1. Was fordern wir vom Reichstag? Referent: Genosse Lehmann. 2. Auffstellung Kandidaten zum Reichstag. 3. Verschiedenes.  
Alle Ortsgruppen müssen an dieser wichtigen Veranstaltung unbedingt teilnehmen. Die bereits angelegte erste Wahlkandidatliste am Freitag, den 8. August, ist zur Teilnahme berechtigt sind alle Mitglieder des erweiterten Parteivorstandes, außerdem hat jede Ortsgruppe Recht, auf je 60 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden. Anträge für den Parteivorstand, die bereits auf der Unterbezirkskonferenz mit behandelt werden sollen, müssen spätestens Sonnabend, den 2. August, in unserem Belegbuch eingereicht werden.  
3. A. G. 11

**Klittenberg.** Freitag, den 1. August, 20 Uhr, bei 60 Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Junke-Breslau.  
**Neumarkt.** Sonnabend, den 2. August, 20 Uhr, im „Löwen“. Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Junke-Breslau.

**Reiße.** Sonnabend, den 2. August, 20 Uhr, bei 60 Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Junke-Breslau.

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“**  
Sonnabend, den 2. August, 20 Uhr, bei 60 Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Junke-Breslau.  
Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ ist ein öffentliches Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Es enthält politische, literarische, künstlerische und wissenschaftliche Beiträge. Es ist ein Organ der Arbeiterbewegung und soll auch die Arbeiterbewegung fördern.



